

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 10. November 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Die Inserions-Gebühr**  
Bekannt für die hochgehaltene Kolonelle ober deren Raum 10 Wg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg. Stellensuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 24 Pf. frei im Land. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestellungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

## Zusammenbruch.

Die bürgerliche Welt ist wieder einmal voll tugendhafter Entrüstung. Die Enthüllungen, die der Prozeß Niehl zu Wien gebracht hat, haben es ihr angetan. Die entmenschte Vordellmutter, die aus der Schande und der Verflachung unglücklicher Mädchen Gold münzt, die wohlthätige Polizei, die nichts sah und nichts sehen wollte, die sauberen Mitglieder dieser Behörde, die die Kostgänger dieses Bordells waren, das sie revidieren sollten, gewissenlose Eltern, die das eigene Blut dem Gefängnis der Niehl überlieferten, das sind treffliche Anlässe zur sittlichen Entrüstung, die die eigene Tugend umso wohlthuender empfinden lassen. Wenn es hoch kommt, verdächtigt sich die wohlfeile Entrüstung zur Forderung einer „einschneidenden Reform der Sittenpolizei“, allenfalls bligt auch die Erkenntnis auf, daß der Prozeß die Kasernierung der Prostitution gerichtet hat. Für die meisten Beobachter ist er aber nur ein vereinzelter Fall, aus dem keine allgemeinen Schlüsse gezogen werden dürfen.

Der Einzelfall ist freilich gräßlich genug. Madame Niehl hatte ein ganz raffiniertes System der Slavenhaltung ausgebildet. Sie lockte vornehmlich junge unerfahrene Mädchen in ihren Salon — andere hätten ihre Behandlung nicht gebildet. Sie hatte ihre Kutse, ihre Agenten, die ihr die Ware zuführten — mit Bewilligung der Polizei hat ihr sogar die ahnungslose städtische Dienstvermittlung minderjährige Dienstmädchen zugeführt, die dann später überredet oder auch gepreßt wurden, „Damen“ zu werden. Die Mädchen wurden wie Gefangene gehalten. Die Fenster der Schlafkammern hatten Milchglas und waren mit Vorlegefingern versperrt — die Polizei hatte es gesehen und gebilligt, alldieweil so die Augen der honesten Gesellschaft nicht „durch den Anblick des Lasters beleidigt“ werden konnten. (Als ob die Sittlichkeit besonders gefährdet gewesen wäre, wenn ein-einhalb Duzend Prostituierte ebenso viel Gelegenheit zu öffentlichem unanständigen Benehmen gehabt hätten, wie die vielen Hunderte andere, die nicht in Bordellen stecken!) Die Schlafkammern waren so klein, daß die Insassen der Gefängnisse mehr Luft hatten, als die Bewohnerinnen der Salons Niehl. Je zwei Mädchen mußten in einem Bett schlafen. Sie sahen nie die Augenwelt, es sei denn, daß die Niehl einmal eine „Dame“, die sich „brav gehalten“, zur Reklame ausführte, wobei sie sie schlauerweise mit Schmuckstücken behängte und ihr ein Täschchen mit Geld zu tragen gab, damit das arme Ding bei etwaiger Flucht wegen Diebstahls zu belangen war. Alles, was die Mädchen verdientes, mußten sie abliefern. Sogar die persönlichen Bedürfnisse, die sie über die Laxe erhielten — außer dem Essen, dem Schlafraum hatten sie nichts wie Prügel mit Schürreisen und Hundeweische, wenn sie einmal auffässig wurden, wenn sie fortlaufen oder den ekelhaften Gelüsten irgend eines Berwerfen nicht zu Diensten sein wollten. Die Niehl hatte indessen noch bessere Bändigungs- und Verwahrungsmittel als geschlossene Türen und Wächter, als Schürreisen und Peitsche. Den Mädchen wurde keine Kleidung gegeben, in der sie sich auf die Straße wagen konnten; sie erhielten nur die leichten Gewänder, die Prostituierte im Bordell tragen. Der Haupttrumpf der Slavenhalterin aber war die Polizei. Die Polizei, die darauf achten sollte, daß die Vordellwirtin die Mädchen nicht übermäßig ausbeutet und nicht wider ihren Willen festhält. Die Polizei, die die Mädchen darüber belehren sollte, daß ihnen ein Teil des Verdienstes zusteht und daß die Vordellwirtin kein Recht hat, sie als Schuldgefängene zu behandeln. Die Polizei diente der Niehl als bestes Schwermittel für freizügigere Mädchen; sie drohte ihnen damit, daß die Polizei die Entlassung auf ihren Antrag ins Arbeitshaus, in die Besserungsanstalt stecken werde. Und die zitternden Mädchen glaubten es, denn sie sahen ja, daß die Frau Niehl mit den Herren von der Polizei auf bestem Fuße stand, daß Polizeibeamte ihre Gratiskunden waren und daß diese Polizeibeamten, ebenso die Polizeiarzte, die sie darauf prüften, ob sie den Kunden des Salons auch keine Gefahr brächten, für ihre persönlichen Erlebnisse, für ihre Lage absolut kein Interesse hatten. So fühlten sich die Mädchen von aller Welt verlassen — ihre Briefe wurden von der Niehl zensuriert, die Klagen, die sie Besuchern vortragen, wurden nicht geglaubt, oder nicht weitergegeben, weil die anständigen Herren sich genierten zu sagen, an welchem Orte sie verschwiegenen Freunden gesucht. Und wo sich doch einmal einer dazu aufgeschwungen hat, die Polizei zu benachrichtigen, da hat diese edle Behörde das Vertrauen der Niehl nicht getrübt. Die oberen Beamten fühlten sich zu gut, selbst in den Sumpf zu steigen, sie fanden die unteren, die gegen die Gratiskunde, die ihnen die Niehl spendete, nicht unempfänglich waren und demgemäß berichteten. Jüdringlicheren Beschwerdeführern wurde energisch bedeutet, nicht fürwichtig zu sein und sich nicht um Häuser zu kümmern, die die Polizei übermächtig, in denen also nichts Schlechtes geschehen könne. Das tollste Stücklein ist, daß sich selbst die Liga zur Bekämpfung des Mädchenhandels auf diese Weise abfertigen ließ. Einmal ist allerdings so etwas wie eine besondere Untersuchung durch die Polizei vorgenommen worden. Es war eine detaillierte anonyme Beschwerde an die Staatsanwaltschaft gelangt und diese Behörde verlangte genaueren Bericht. Wirklich ist denn damals auch ein höherer Beamter, ein

Doktor der Rechte mit ins Haus der Niehl gegangen. Wozu, ist nicht recht ersichtlich, denn die Revision ließ er durch zwei Polizeibeamten vornehmen, von denen der eine jener war, der regelmäßig die Revisionen vornahm und ebenso regelmäßig den Champagner und die Mädchen des Hauses genoß, der wahrscheinlich auch bares Geld von der Niehl erhalten hat. Genaueres konnte darüber nicht festgestellt werden, denn dieser Herr und sein Polizeikommissar haben von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch gemacht, da sie sich nicht selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen wollten. Ein paar Tage nach jener außerordentlichen Revision sind dann zehn Mädchen zur Polizei vorgeladen worden. Und dort haben sie dann, da die Niehl Zeit genug gehabt hatte, sie einzuschüchtern, erklärt, daß es ihnen gut gehe und sie keinen Grund zur Beschwerde hätten. Und das genügt dem scharfsinnigen Doktor der Rechte. Um Einzelheiten hat er die Mädchen nicht gefragt, nicht einmal nach Aufzeichnungen, die doch hätten vorhanden sein müssen, wenn die Angabe, daß Madame Niehl mit ihren „Damen“ abrechnete, wahr gewesen wäre. Mit nur etwas mehr Eifer hätte der Herr alles aufdecken können, was jetzt der Prozeß enthüllt hat. Die Behörde hätte sich rühmen können, daß sie aus eigener Kraft Mißstände aufgedeckt und gehoben hätte. Aber dazu hat es nicht gelangt. Die Polizei war mit Regina Niehls Betrieb zufrieden, weil er das „Laster“ von der Straße fern hielt, weil er die Ehrsamkeit und Sittlichkeit von der Verührung mit verworfenen Geschöpfen bewahrte.

So konnte das System Niehl läppig gedeihen viele Jahre lang. Wenn die Presse nicht die Polizei zum Vorgehen gezwungen hätte, wer weiß wie viel Menschenleben die Niehl noch hätte zugrunde richten können. Ein Mahnruf der Wiener „Arbeiterzeitung“ blieb unbeachtet. Erst die detaillierten Veröffentlichungen des „Extrablatt“ brachten den Amtschimmel auf die Beine. Aber vorerst doch nur zu einem widerwilligen Trotz. Nach wie vor verließen sich die Oberen der Polizei auf die unteren Beamten, die die Untersuchung, die ihnen selbst das Genick brechen mußte, am liebsten hätten verstanden lassen, die die Spione der Niehl machten, ihr halfen, die Mädchen einzuschüchtern und zu ängstigen. Kein Wunder, daß so viele von diesen vor dem Untersuchungsrichter falsche Aussagen gemacht haben, fürchteten sie doch alle, daß die Behörde sie schließlich doch wieder ihrer Slavenhalterin ausliefern würde und daß sie dann der Rache der Niehl hilflos preisgegeben seien. Mehrere Mädchen mußten schließlich wegen falscher Zeugenaussagen neben der Niehl auf die Anklagebank. Organe der Polizei haben sie auf dem Gewissen. Das Gericht hat ihnen verständigerweise im weitesten Maße Milderungsgründe bewilligt, so daß die härteste Strafe für diese Kategorie von Angeklagten auf 4 Wochen Kerker lautete. Regina Niehl hat wegen Freiheitsberaubung, Verleitung zum Meineid, Veruntreuung und Kuppelei 3 1/2 Jahre Kerker erhalten, ihre Gehilfin Polak 1 Jahr und der Angeklagte König, der seine minderjährige Tochter durch Mißhandlungen gezwungen hat, lange Jahre in der Gefangenschaft der Niehl zu bleiben, 8 Monate härteren Kerker. Die Kuppelerin wurde außerdem verurteilt, an 12 Mädchen Entschädigungen von 50 bis 1000 Kronen zu zahlen.

Damit ist der Gerechtigkeit Genüge geschehen. Und wenn die schuldigen Polizeibeamten im Disziplinarverfahren bestraft, vielleicht auch vor Gericht gestellt worden sind, dann können die Akten über den Fall Niehl geschlossen werden. Er ist ja nur ein Einzelfall.

Doch tun wir den österreichischen Behörden nicht unrecht. Der Polizeipräsident von Wien hat vor Gericht ausdrücklich erklärt, daß schon bei der Einführung des Systems der tolerierten Häuser die Gefahr der Freiheitsbeschränkung für die Prostituierten und die Gefahr der Verletzung der unteren Beamten erörtert worden sei. Und natürlich soll nun die Sittenpolizei einer „einschneidenden Reform“ unterworfen werden. So will man den Prozeß also doch nicht als Einzelfall behandeln, ihn mit der Bestrafung der Kuppelerin und der schuldigen Polizeibeamten nicht abgetan sein lassen? So wird der Prozeß also eine Wendung in der Behandlung der Prostitution bedeuten?

Ja, wenn eine Reform der Sittenpolizei helfen könnte. Was will aber eine Reform der Reglements bedeuten! So lange die gesellschaftliche Heuchelei die Prostituierte ächtet, so lange die Gesellschaft entrüstet die unglücklichen Wesen wie Pestkränke außer alle menschliche Gemeinschaft jagt, so lange werden alle „einschneidenden Reformen“ für die Niehl sein. Schon die bestehenden Vorschriften hätten der Wiener Polizei Handhaben gegeben, das System Niehl zu verhindern. Aber was ist von einer Behörde zu erwarten, die ihre Pflicht lediglich darin sieht, der honesten Gesellschaft möglichst den Anblick des „Lasters“ zu ersparen, das besagte honeste Gesellschaft doch nicht entbehren kann! Was ist von einer Behörde zu erwarten, die lediglich die Deffentlichkeit vor der Prostitution schützen will und die Prostituierten als Geschöpfe betrachtet, die keinerlei Anspruch auf Fürsorge, keinerlei Menschenrechte haben! Mit stumper Gleichgültigkeit haben die Polizeiarzte, die alljährlich zweimal im Salon Niehl untersucht, über die Wunden der Mädchen, die ihnen von grausamen Mißhandlungen erzählen konnten, hinweggesehen. Keiner mußte sich zu entsinnen, Spuren von Mißhandlungen je gesehen zu

haben. Mit stumper Gleichgültigkeit ließ die Polizei minderjährige Mädchen ins Haus der Niehl gehen und stellte ihnen den Gewerbeschein — das Gesundheitsbuch — aus. Wenn auch die Einwilligung der Eltern nicht vorhanden war, angeblich, weil die Mädchen nichts von ihren Eltern wußten, was sich dann später mehrfach als falsch erwies. Dann mußte das Mädchen wieder aus dem Bordell heraus, nachdem es Zeit gehabt hatte, sich an das Leben der Prostituierten zu gewöhnen. Mit stumper Gleichgültigkeit ließ der Regierungsrat Dr. Kropp die Kandidatinnen für den Salon Niehl ins Verderben rennen, ohne den Versuch zu machen, sich über ihre Lage und ihre Persönlichkeit zu informieren, vielleicht noch die eine oder die andere zu retten. Denn er war, wie er vor Gericht bekundet, auf Grund seiner Menschenkenntnis überzeugt, daß an ihnen ausnahmslos nichts mehr zu verderben war. Und dabei sind blutige Dinger, die noch nie mit einem Manne verkehrt hatten, in das Bordell aufgenommen worden! Dies eine Polizeiwort und ein anderes, daß der Polizeibeamte dazu da sei, die Deffentlichkeit vor der Prostitution zu schützen, nicht aber die Prostituierten vor der Vordellwirtin, charakterisieren den Geist, der die heutige Sittenpolizei erfüllt. Und nicht bloß die von Wien, sondern die der ganzen Welt! Dieser Geist ist untrennbar von der Sittenpolizei und wird erst mit dieser Institution verschwinden.

Jener offenerzige Beamte, der diese Auffassung von der Aufgabe der Sittenpolizei kundgab, hatte durchaus recht. Um dieser Aufgabe willen ist die Sittenpolizei, ist die Reglementierung der Prostitution geschaffen worden. Eine Wohlfahrtsbehörde für Prostituierte ist sie niemals gewesen und kann sie nach ihrem ganzen Charakter nicht werden. Und wenn alle Sittenbeamten, was sie erfahrungsgemäß nicht sind, Muster von Keuschheit und Unbestechlichkeit wären. Denn diese Zwangsinstitution kann natürlich niemals das Vertrauen der Prostituierten haben. Und die Sittenpolizei kann in diesen armen Geschöpfen, die vom Regiment als rechtlose Sachen behandelt werden, niemals ein Objekt erblicken, das menschlicher Rücksicht würdig wäre.

Der Prozeß ist der Zusammenbruch des Systems, das durch die Sittenpolizei repräsentiert wird. Es ist nicht nur die Kasernierung der Prostitution, die getroffen ist, nicht bloß das Bordellsystem. Freilich ist es die schlimmste aller Institutionen, durch die die bürgerliche Gesellschaft vergeblich die Gefahren der Prostitution zu beschwören oder doch zu mindern sucht. Nur im Bordell konnte der spezifische Fall Niehl entstehen. Wir haben alle Ursache, das zu beachten, denn in Deutschland gibt es genug Auser nach Bordellen oder doch nach Kasernierung der Prostitution (Zusammenbrängen der Prostituierten in bestimmten Straßen, verschleiertes Bordellsystem). In manchen deutschen Städten bestehen solche Einrichtungen ebenso gut wie in Wien, ja gern die reichsdeutschen Behörden das auch schamhaft vor der Welt verlegen möchten. Daß das Bordell aber die brutalste und die für die Mädchen gefährlichste Form der Reglementierung ist, das hat der Prozeß Niehl mit unübertrefflicher Deutlichkeit bewiesen. Der Fall Niehl zeigt das Bordell als den Kunden der Mädchenhändler, als die Triebkraft des Mädchenhändlers. Und wie grausam ist die Illusion zerstört worden, daß das Bordell den besten Schutz gegen Geschlechtskrankheiten gewähre. Wie trefflich hat Madame Niehl die Gesundheitskontrolle unwirksam zu machen gesucht. Kranke Mädchen wurden versteckt und als beurlaubt gemeldet. Selbst wenn die Gesundheitskontrolle in medizinischer Hinsicht ebenso verlässlich wäre, wie sie nachgewiesenermaßen unzuverlässig ist, die Händlerinnen mit Menschenfleisch würden immer noch verstehen, ihr Schnippschen zu schlagen.

Der Vankeroth des Bordellsystems liegt für den flüchtigen Beobachter des Prozesses auf der Hand. Aber den tiefer Eindringenden enthüllt sich mehr. Vankeroth hat nicht nur das roheste System der Reglementierung gemacht, sondern die polizeiliche Reglementierung der Prostitution überhaupt. Wie es in Wien der Kuppelerin die Slawinnen im Gewahrjam hielt, so hält es dort, wo die Bordelle fehlen und die einzelne Prostituierte das Ueberwachungsobjekt der Polizei ist, das Mädchen im Schlamme der Prostitution fest. Wir haben keine Ursache, pharisäisch die Achseln in Deutschland Menschenrechte genommen, Menschenleben vernichtet werden durch die Paragraphen des Sittenreglements, das ist oft genug an Einzelbeispielen erhärtet worden. Der kürzlich registrierte Fall jenes Mädchens von Halle, das die Weisheit der Hallenser Sittenpolizei beinahe wieder in den Sumpf gestoßen hätte, daraus es sich mit ehrlicher Arbeit gerettet hatte, wird noch in frischer Erinnerung sein. Das sind Zustände, die nicht besser sind wie die, die der Prozeß in Wien enthüllt hat, die sich nur dem Grade, nicht dem Wesen nach von ihnen unterscheiden.

Der Prozeß Niehl ist der Zusammenbruch des Systems, das den Prostituierten die Menschenrechte nimmt, um des Phantoms eines Schutzes gegen Geschlechtskrankheiten willen und um der Heuchelei einer Gesellschaft willen, die Wesen ächtet, die ihr unentbehrlich sind.

Auf eine Beseitigung dieses Grundüblems in der Behandlung der Prostitution, auf eine Beseitigung der polizeilichen Reglementierung der Prostitution aber wird sich die bürgerliche Gesellschaft schwerlich einlassen. Die offizielle

Seufzerei verbleibet ihr die Aufklärung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten im großen Maßstabe zu betreiben. Ihr Profitinteresse verbietet ihr sowohl, den Kampf der Arbeiterklasse und namentlich der weiblichen Proletarier um bessere Arbeitsbedingungen zu fördern oder auch nur zu machen, als auch eine tatkräftige Arbeit für wirklichen Arbeiter- und Arbeiterinnen-schutz. Das alles aber wäre erforderlich, wenn die Gefahren der Prostitution ohne polizeiliche Zwangsmittel vermindert werden würden. Und deshalb versprechen wir uns von all' der schönen Entrüstung über den Wiener Prozeß und all' den „einschneidenden Reformen der Sittenpolizei“ nicht allzubiel. Unwesentliche Fiktionen mag es geben, nicht mehr.

Zusammengebroschen ist ein System — aber nicht befreitigt.

## Die russische Revolution.

### Wahlvorbereitungen.

Während in der Provinz die Militärtribunale noch mit Hilfe der Kriegs- und Feldgerichte, der „Strafexpeditionen“ und obligatorischen Verordnungen die „Ruhe“ herstellen, das heißt den Boden für die Regierungswahlkampagne durch Gewalt und Ungeheuerlichkeit ebenen, prüfen die Zentralbehörden in Petersburg seit einigen Wochen die Wahlgeseze und suchen durch Bündnisse mit neuen politischen Parteien ihre Anhängerzahl zu vermehren.

Seit dem 30. Oktober 1906 haben die Ministerien Durnowo-Bitte, Goremynin und Stolypin mit Hilfe der „Schwarzen Banden“, des „Verbandes echt russischer Leute“, der „Partei der Rechtsordnung“ usw. regiert. Diesen Leuten wurde im Laufe eines ganzen Jahres freie Hand gegeben, Judenmegeleiten zu organisieren, durch Wort und Tat die größten Gemeinheiten zu begehen. Staatsgelder und Staatsdruckpressen standen ihnen frei zur Verfügung; unter dem Schutze des Militärs und der Staatsbeamten konnten sie ungehindert agitieren. Und doch haben diese Parteien einen so geringen Zuwachs erfahren, daß Herr Stolypin mit ihnen allein sich nicht in den Wahlkampf wagt, sondern neue Bundesgenossen suchen muß. Wie schwer es ihm auch fällt, er hat für eine Zeit mit Dubrowin u. Co. brechen müssen.

Vor einigen Tagen hatten die Führer des „Verbandes vom 30. Oktober“ und des „Bereins der friedlichen Erneuerung“, die Herren Gutschkow und Henden, eine längere Audienz bei Stolypin, in der letzterer zwar nicht die 24 friedlichen Abgeordneten als Partei anerkannte, jedoch ihnen als einem „Bereine friedlicher Erneuerung“ legales Wirkungsfeld einräumte und Unterstützung zusagte.

Die Anhänger dieser neuen Regierungsparteien stimmten noch bis zum Semstwocongrefse vom 6. November 1906 geschlossen mit den übrigen „Liberale“ für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht! Die Revolution mit dem Siege des Proletariats in den Oktobertagen zerplatzte die Semstwogruppe; der linke Flügel (die „Kadetten“) gab die letzten alten Forderungen am Tage der Verkündung der sogenannten Staatsgrundgeseze auf, gegen die die damalige Dumamajorität mit keinem Worte protestierte. Ja, die Kadetten berufen sich sogar jetzt, wo Herr Stolypin das Wahlrecht der breiten Bevölkerungsschichten beschneidet, auf diese Grundgeseze als auf eine „unantastbare“ Stütze des Staates. Was Wunder, wenn die gemäßigten „Liberale“, aus denen der „Verband des 30. Oktober“ und der „Berein der friedlichen Erneuerung“ sich herausbildete, noch einen Schritt weitergehen und alle Regierungsmittel zur Unterdrückung der Revolution gutheissen! — Wir wissen ja, daß die Agrardebatten in der Duma den Grund zu der weiteren Zersplitterung in der Kadettenpartei gaben, jener Zersplitterung, die auf dem letzten Parteitag eintrat. Wie hätten auch die kadettischen Großgrundbesitzer für die Zwangsenteignung des Bodens eintreten können!

Die bürgerlichen Parteien haben durch ihr beständiges Begründen von der Revolution und durch ihr fortwährendes Weiterweichen nach rechts — zur Reaktion — zum guten Teil der Stolypinschen Regierung den Rücken gesteuert, und gerade weil die Regierung ihre Leute kennt und dessen sicher ist, daß von dieser Seite kein Protest erhoben werden wird, kann sie den Wahlraub augenblicklich in so offener Weise betreiben.

Das Wahlgesez vom 24. Dezember v. J. hat sich als zu „liberal“ erwiesen. Bitte hatte zu viel auf die Bauern gehofft und ihnen zu große „Freiheiten“ im Wahlgesez eingeräumt. Die neue Senatserklärung vom 19. Oktober 1906 soll dafür sorgen, daß keine Aladjins und Anikins in die Duma hineinkommen. Die Arbeiterklasse verzichtete im vorigen Jahre auf die Wahlen, weil sie andere Kampfmittel noch hatte; jetzt, wo sie sich zur Beteiligung an den Wahlen anschickt, entzieht die Regierung einem großen Teile der Arbeiterschaft das Wahlrecht (vergl. den Erlaß Stolypins an die Fabrikinspektoren zur Ermittlung der Arbeiter, die eine Wohnung inne haben). Alle Unterbeamten und Angestellten der Eisenbahnen usw. sind plötzlich das Wahlrecht beraubt und die übrigen werden verpflichtet, für die Regierungsandidaten zu stimmen. Eine solche „Aufforderung“ hat z. B. die Hauptpost- und Telegraphenverwaltung erlassen. (Nach den neuesten Daten sind von den 162 000 Wählern in Petersburg 45 000 Beamte!)

Im Ministerrate hat man sogar erwogen, ob es nicht gut wäre, daß die Regierung als solche an der Wahlkampagne teilnähme. Von gewisser Seite wurde darauf hingewiesen, daß die preussische Regierung im Jahre 1862 die Vornwahlen durch einen königlichen Erlaß eingeleitet hätte, in dem der König seine Minister aufforderte, den Untertanen offen und klar die Prinzipien bekannt zu geben, von denen die Regierung sich leiten lasse und „feindlichen Parteien mit allem Nachdruck entgegenzutreten.“

Es wird nicht nötig sein, den russischen „Untertanen“ noch auf die Prinzipien des Zartismus speziell hinzuweisen. Möglich ist es ja aber, daß vor den Wahlen noch ein neues Zaren-Manifest herauskommt. Viel Einfluß könnte aber auch das auf den Ausfall der Wahlen nicht haben; denn auch so ist ja schon mehr als genug dafür Sorge getragen, daß die „Wahlen“ „gut“ werden! —

### „Kowch Putj“ schreibt:

In Moskau hat sich die städtische Verwaltung diesmal geteigert. Wahlkommissionen in verschiedenen Teilen der Stadt zu errichten. Jeder, der über seine Eintragung in die Wählerlisten die entsprechende Erklärung abgeben will, muß sich zu diesem Zweck in die Stadtduma begeben. So rächt sich der Bürgermeister Gutschkow (der Bruder des Diabristenführers) an der Stadt Moskau, die ihm, seinem Bruder und allen seinen Parteigenossen bei den vorigen Wahlen eine großartige Niederlage bereitet hatte. Sein Gedanke ist klar: Die kleinen Leute, deren Stimmen das erstemal den Sieg der Kadetten herbe-

führten, werden kaum die nötige Zeit haben, um aus den Vorstädten durch die sich gewaltig ausdehnende Stadt bis ins Zentrum derselben den mehrstündigen Gang zur Stadtduma zu machen. Sogar wenn der kleine Mann selbst dazu bereit wäre, wird ihn sein Prinzipal, der Meister, der Kaufmann, nicht fortlassen. Aber noch schlimmer ist die Lage der zahlreichen Leute, die als „Wohnungsmieter“ das Wahlrecht besitzen, deren Wohnungen aber so klein sind, daß sie keine „Wohnungsteuer“ entrichten. Solche Mieter von kleinen Wohnungen müssen sich nämlich auf dem Polizeirevier eine Beglaubigung ausstellen lassen! Das Polizeirevier aufzusuchen ist aber kein Vergnügen. Man wird da häufig unverrichteter Sache hinausgeschickt. — Infolgedessen werden viele kleine Leute auf ihr Wahlrecht verzichten.

Man sieht, wie planmäßig die Mächte der Reaktion arbeiten, um den Ausdruck des Volkswillens bei den kommenden Wahlen zu fälschen.

### Eine Million Rubel erbeutet!

In unseren „letzten Depeschen“ berichteten wir gestern in Kürze über den großen Coup von Mogow. — Der „Tag“ erhielt am 9. November folgendes Warschauer Privattelegramm über die Affäre: Augenzeugen berichten von dem Ueberfall auf den Postzug bei Station Mogow nachfolgende Einzelheiten: Als der Zug auf der Station stehen blieb, besetzten drei wohlhabend gekleidete und ausgerüstete Abteilungen mit roten Fahnen alle Zugänge zum Bahnhofsgebäude und eröffneten aus den Fenstern des Bahnhofsgebäudes mit Mäusergewehren ein lebhaftes Feuer auf den Postwagen und den der Militärbehörde gehörigen Wagen. Gleichzeitig wurde gegen diesen Wagen eine Bombe geschleudert, die mit furchtbarem Getöse explodierte und den ganzen Wagen zerstörte. Die darin befindlichen 16 Soldaten wurden teils sofort getötet, teils bluteten sie schwerverletzt auf das freie Feld, wo sie später aufgefunden und nach Warschau gebracht wurden. Während zwei Abteilungen der Räuber unaufhörlich feuerten, bestieg der Rest den Postwagen und räumte, nachdem die drei Postbeamten unschädlich gemacht worden waren, den ganzen Wagen aus. An Barggeld und Wertpapieren fielen den Leuten über eine Million Rubel in die Hände; der genaue Wert konnte noch nicht festgestellt werden. Der Postwagen ist vollständig zerstört, der Postwagen wie ein Sieb von Kugeln durchschlagen. Nach der Tat verschwand die Räuber in den benachbarten Wäldern; sie werden von Kosaken verfolgt. Von den Passagieren des Zuges wurde niemand verletzt. Getötet wurden ein Gendarmier-Untersoldat und fünf Soldaten. Zwölf Soldaten wurden schwer verwundet. In der Bahnhofshalle sind sämtliche Fensterheben zerschmettert und Türen und Fensterrahmen durch Kugeln beschädigt. Aerztliche Hilfe war aus Kozuski und Siemiewicz bald zur Stelle.

### Der Petersburger Deputiertenrat.

#### VIII. Alexis Petrowsky.

30 Jahre alt, geboren in einem Dorfe des Mogilewischen Gouvernements. Im Jahre 1903 wurde er auf administrativem Wege nach Archangelok verbannt. Im Jahre 1905 kehrte er nach Petersburg zurück, wo er Mitglied eines Unterkomitees der sozialdemokratischen Partei war. Im selben Jahre organisierte er den Verband der Arbeiter der Petersburger Verleuchtungsunternehmen, dessen Vorsitzender er ward und der ihn als Delegierten in den Rat der Arbeiterdeputierten abkommandierte. Im Rate wurde er zum Mitgliede des Exekutivkomitees gewählt und am 3. Dezember samt dem ganzen Rate verhaftet.

#### IX. Sofrath Schanjarstj.

62 Jahre alt (geb. 1844), Edelmann und Grundbesitzer im kurländischen Gouvernement. Absolvierte die juristische Fakultät der Charlower Universität. War fünf Jahre Untersuchungsrichter und fünf Jahre Friedensrichter in Archangelok. Seit 1887 Post- und Telegraphenbeamter, zuletzt in der Verwaltung der Petersburger Telegraphenagentur. Als sich der Post- und Telegraphenverband organisierte, ward er zum Vorsitzenden seines Petersburger Bureaus gewählt, dann in den Rat. Er gehört keiner politischen Partei an.

#### X. Saul Sborowsky.

geboren 1870 in Odesa. Mit 18 Jahren absolvierte er in Odesa eine Handelsschule. Im Jahre 1898 trat er in die Reihen der russischen sozialdemokratischen Partei und war hauptsächlich in den südlichen Gouvernements Rußlands tätig. Im Februar 1902 wurde er arrethiert als Mitglied des Odesaer sozialdemokratischen Komitees. Unter Kaution freigelassen, floh er. Im Jahre 1905 wurde er verhaftet und mußte 4 Monate „brummen“. Im Januar 1906 ward er wieder arrethiert, und zwar als Mitglied des Arbeiterdeputiertenrates und als Mitglied des Exekutivkomitees. Sborowsky war der erste Präsident des Rates der Arbeiterdeputierten.

#### XI. Arieny Simanowsky.

geboren in Archangelok im Jahre 1870, absolvierte in Archangelok das humanistische Gymnasium und später die Petersburger Universität, wurde mehrmals wegen Studentensachen aus der Universität ausgewiesen. Im Jahre 1899 wurde er nach Archangelok, im Jahre 1905 nach Jaroslawa verbannt. Simanowsky war einer der Hauptorganisatoren des Petersburger Segeterverbandes, dessen Organ er auch redigierte.

#### XII. Jsaak Golinsky.

geboren in Werdjanik 1881. Mit 12 Jahren wurde er in eine städtische Schule gegeben, wo er nur ein Jahr verweilen konnte. Mit 14 Jahren wurde er als Lehrling in eine Buchdruckerlei aufgenommen und stand die letzte Zeit als Verwalter im Dienste des Petersburger Segeterverbandes. Am 26. November wurde er auf der Straße als „Patrouille“ des Rates der Arbeiterdeputation verhaftet.

#### XIII. Iwan Bobrow.

38 Jahre alt; geboren im Dorfe Aljibin des Gouvernements Astronow. Arbeiter in einer Eisenbahnwagenfabrik. Früher Mitglied einer von Gapon organisierten Vereinigung. Den Zug vom 22. Januar 1906 machte er mit, und das war sein erstes „politisches Aufsteigen“. Später wurde er von der genannten Fabrik in die Kommission von Schidlowelch abkommandiert und wegen seines Auftretens aus der Fabrik entlassen. Als Arbeiter in den Verhältnissen der internationalen Schafwagengesellschaft wurde er von seinen Genossen zum Mitgliede des Rates der Arbeiterdeputierten gewählt und am 3. Dezember verhaftet. Er ist seiner politischen Ueberzeugung nach Sozialist, gehört aber offiziell keiner Partei an.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. November.

### Die Pod-Wirnis.

Die gestrige Meldung des „Lokal-Anzeigers“, daß das Abschiedsgesuch Podos bereits bestätigt worden sei, hat verschiedene Dementis erfahren. Das offiziöse Depeschembureau bestreitet die Richtigkeit der Meldung, auch die „Kreuz- und Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ erklären noch in ihren heutigen Abendblättern, daß von einer Annahme des Abschiedsgesuchs des Landwirtschaftsministers keine Rede sein könne. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ dagegen nimmt von der Meldung des „Lokal-Anzeigers“ überhaupt keine Notiz, eine Tatsache, die um so seltsamer ist, als das offiziöse Blatt den Artikel des „Berliner Tagesblattes“, der den Generalstabchef von Wolke als Nachfolger Bilows bezeichnen, in scharfer Form zu desavouieren für nötig erachtet. Das Sächsischen der „Nordd. Allg. Ztg.“ sowohl, als die Kürze der Erklärungen der „Kreuz- und Zeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“, die sich lediglich darauf beschränken, die

Nachricht von der bereits erfolgten Annahme des Abschiedsgesuchs Podos zu bestreiten, scheint aber immerhin zu beweisen, daß die Meldung des Sächsischen Blattes der gemeldeten Tatsache nur um eine kurze Zeitspanne vorausgeeilt ist.

Das anscheinend noch immer Pod-offiziöse Sächsisches Blatt ist so boshaft, Podos Verabschiedung lediglich der angegriffenen Gesundheit des Landwirtschaftsministers zuzuschreiben. Ganz unsinnig sei es, erklärt das Sächsisches Blatt in bemerkenswerter Uebereinstimmung mit der „Deutschen Tageszeitung“, noch immer von einem Duell Bilows-Podbielski zu reden. Kanzler und Landwirtschaftsminister seien stets ein Herz und eine Seele gewesen, ja Pod sei eine der festesten Säulen der Politik des Reichskanzlers gewesen. Offenbar liegt die Absicht vor, dadurch den Kanzler in das Schicksal Podos zu verwickeln.

In der Tat bedeutet der Rücktritt Podos an und für sich noch gar nichts. Es handelt sich darum, ob Bilow bereit sein wird, mit der Fleischwucherpolitik Podos gar nicht zu brechen. Gelingt es der liberalen Opposition nicht, einen derartigen Bruch mit der hyperagrarischen Kera Podbielskis durchzusetzen, so hat sie nicht das mindeste erreicht! —

### Das Wesen der nationalliberalen Opposition.

Den nationalliberalen Oppositionsblättern vom Schläge Wassermanns schreibt die wald-nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ein allerliebtes Sprüchlein ins Stammbuch. Sie wirft die Frage auf, warum denn jetzt auf einmal der nationalliberale Sturm losgebrochen sei. Sei früher vom persönlichen Regiment, das man jetzt auf einmal entdeckt habe, nichts zu merken gewesen? Die Begünstigung des Merkantilismus habe man doch bisher schweigend hingenommen. Die auswärtige Politik sei „hanebüchen geführt“ worden und die nationalliberalen Abgeordneten hätten ihr „volles Vertrauen“ dazu ausgedrückt. Erst als der Regierung mehr und mehr die Hügel entglitten seien und die Reichsregenten aus dem ultramontanen Lager sie an sich gerissen hätten, da erst, als das Parteinteresse in Frage gekommen sei, sei man allmählich zur Opposition erwacht. Das Blatt fährt dann fort:

„So muß man mit Bedauern feststellen, daß erst in dem Augenblick, wo die Partei in Frage kommt, der Mut zur Opposition erwacht, der längst eine vaterländische Pflicht gewesen wäre. Jetzt aber sprechen dieselben Männer von Byzantinismus und absolutistischem Regiment, die durch ihr „locales Schweigen“ es nur ermöglicht haben. Principiis obsta. Wäre Wilhelm II. bei seinen ersten Taten nach der Entlassung Bismarcks auf einen solchen Widerstand gestoßen, er würde sich sicher in ganz anderer Richtung entwickelt haben. Wenn wir es auch mit Genugthuung verzeichnen, wenn heute die ganze nationalliberale Presse für eine nationale Opposition eintritt, so möchten wir doch unser Bedauern darüber nicht zurückhalten, daß sie reichlich spät und erst im Zusammenhang mit ihren Parteiinteressen diesen Ton gefunden.“

Wird nun die gegenwärtige Stimmung irgend einen Erfolg haben? Wenn es bei Worten bleibt, sicherlich nicht. Denn der Regierung wird es sicher sowieso nach ihren bisherigen Erfahrungen schwer fallen, an den Ernst der jetzigen Empörung zu glauben. Folgen keine Taten, das heißt, wird man bei Gesetzesvorlagen, die offenbar dem persönlichen Regiment ihre Entstehung verdanken, wie bisher „aus höheren Rücksichten“ zustimmen oder Unzulänglichkeiten der äußeren oder inneren Politik ruhig hinnehmen aus Furcht vor einer Krise, dann wird der ganze Oppositionslärm wie ein Schlag ins Wasser wirken, und nach den Stabsberatungen geht alles wieder den alten Gang und diejenigen, die sich bei der Fortdauer des persönlichen Regiments sehr wohl fühlen, werden im stillen Kämmerchen über den nationalliberalen Herbststurm recht vergnüglih lachen.“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ charakterisiert den verpaterten Oppositionslärm des mannesmütigen Nationalliberalismus wirklich nicht übel. Und zweifellos hat sie durchaus recht, wenn sie die Kriegsdünge der Wassermann und Konforten lediglich auf engberzigste Fraktionsinteressen zurückführt. Auf Fraktionsinteressen aus, insofern, als der wadere Nationalliberalismus bereits an die nächsten Reichstagswahlen denkt und sich den naiven bürgerlichen Wählern gegenüber in der Heldentrolche einer Oppositionspartei zu präsentieren sucht!

Aber selbst die Ausführungen der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“ beweisen, daß die ganze nationalliberale Opposition nur von der Eifersüchtelei gegen das Zentrum diktiert ist. Diesen Ueberdruß aller nationalliberalen Opposition schießt auch die „Allg. Volksztg.“ deutlich genug heraus. In einem Leitartikel wirft sie die Frage auf, ob denn die Nationalliberalen wirklich Ursache hätten mit dem bisherigen Regierungssystem so unzufrieden zu sein. Bismarck habe einst die Nationalliberalen an die Wand gedrückt, daß sie quieschten. Fürst Bällo to aber sei den Nationalliberalen gegenüber äußerst konziliant aufgetreten. Die Nationalliberalen hätten auch gar keinen Grund, sich darüber zu beklagen, daß sie „zu wenig Plätze an der Futterkrippe des Staates“ hätten. Im Handelsministerium wimmelte es von liberalen Geheimräten, in einer Anzahl von Reichsämtern, ebenso auch im Kultusministerium sei das gleiche der Fall, die Kolonialabteilung sei fast ganz in den Händen liberaler Geheimräte gewesen. Der Präsident des statistischen Amtes sei ebenso liberal, wie der neue Kolonialdirektor. Die Nationalliberalen hätten also keine Ursache, noch einige weitere Minister, Oberpräsidenten und noch mehr Geheimräte zu verlangen.

Man sieht, auf welche ethischen und nationalen Momente die „Allg. Volksztg.“ die nationalliberale Opposition, und sicher nicht mit Unrecht, zurückführt. Der ganze Streit dreht sich um die Futterkrippe, um den geheimräthlichen Einfluß, um die Beherrschung der Stänke der Gesetzgebung im Interesse der von der nationalliberalen Partei vertretenen Kapitalistenschichten!

Eitel Heuchelei freilich ist es, wenn die „Allg. Volkszeitung“ zum Schluß erklärt, daß sie „ein solches Wettrennen um erbebtigte Ministerstellen nie mitmachen“ werde. Wenn in den nächsten Wochen der Freiherr von Schorlemer-Alst am Leipziger Platz seinen Einzug halten sollte, was ja übrigens bestritten werde, so wolle sie schon jetzt daran erinnern, daß nach dem Zeugnis der „Deutschen Tageszeitung“ der rheinische Oberpräsident den Konservativen näher stehe, als dem Zentrum. Das rheinische Zentrumblatt vergißt dabei nur, daß, wie der Fall Straßwitz beweist, die Grenzen zwischen den Konservativen und den Zentrum-agariern schwer festzustellen sind! —

### Liberaler Ministerstürzer.

Eine interessante Parallele mit der gegenwärtigen Situation, in der sich die bürgerliche Presse so weit aufschwingt, die Entlassung eines mißliebigen Ministers zu fordern, bildet die Lage Ende der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Preußen. Donalds richtete sich der allgemeine Haß der Bourgeoisie gegen den preussischen Kultusminister v. Mähler. Aber so berechtigt dieser Haß war, anders als in ein paar Zeitungsartikeln und Reden machte er sich nicht Luft und blieb deshalb ohne jeden Erfolg. Und was die Bourgeoisie von kräftigerer Tat abhielt, war der Mangel

jeglichen Vertrauens in ihre eigene Kraft. Rudolf Barffus, einer der wichtigsten Führer der damaligen Fortschrittspartei, schreibt hierüber in seinem 1878 erschienenen Buche: „Deutschlands politische Parteien“ folgendes Zeilen, die gerade bei der gegenwärtigen politischen Konstellation von Interesse sind:

„Franz Biegler hatte in der Hoffungslosigkeit des Dichters (S) am 19. November 1869 mit einer zündenden Rede gegen das System und die Person des Ministers v. Mähler die Probe gemacht, dieser Minister, gegen den unter allen Klassen des Volkes sich allmählich eine allgemeine Mißachtung ausgebildet zu haben schien, hatte wiederum gegen die schon ein Jahr zuvor beschlossenen Anträge des Hauses auf Erhöhung der Pensionen der Lehrerrwitwen Widerspruch erhoben, weil die Staatskasse die dazu nötigen 60 000 Taler jährlich nicht aufbringen könne. Da erhob sich der Breslauer Abgeordnete und hielt jene gewaltige Rede, welche unter anberuhen, demnächst dem Reichstag das Haus aufforderte, sich zu einer Adresse zu vereinigen mit dem letzten Ausdruck: „Der Herr Minister v. Mähler muß fort von seinem Platze.“ Die erwartete Wirkung trat nicht ein. Herr v. Mähler schwieg zu der Rede, indem er (dem nationalliberalen) Herrn Weyrenpennig überließ zu versichern, daß die nationale Überlegenheit zu Angriffen auf den Kultusminister nicht passe. Biegler erhielt ein paar Zustimmungsadressen, und alles blieb beim Alten.“

Wichtiger als die Tatsache, daß schon damals in Preußen ein Minister durch die Entlassung des Parlaments nicht gestürzt werden konnte, dünkt uns der vollstän dige Verzicht des Bürgerturns auf jede leibliche Hoffnung, hierbei irgend etwas anbrachten zu können. Bieglers Vorstoß erklärt Barffus spöttisch aus der „Hoffungslosigkeit des Dichters“. Ueberdies aber plaudert er in einer Anmerkung folgende bezeichnenden Mißverständnisse aus:

Biegler hatte mit dieser Rede schon lange auf der Lauer gelegen. Als im September die in Berlin anwesenden Fraktionsgenossen auf Dr. Löwes Einladung zu einer Besprechung zusammenkamen, damit man sich über etwaige Vorbereitungen zur Landtagsession einigte, übertrug er uns mit dem Vorschlag, man solle einen großen plötzlichen Angriff auf Mähler und dessen mißachtetes System machen und in einer Adresse an den König die Entlassung des Ministers fordern. Das Volk werde jubelnd dafür eintreten. Mandatsniederlegung, wenn es fruchtlos bliebe, werde der Bewegung weiteren Fortgang schaffen. Wir anderen sahen die Dinge nüchtern an, freuten uns freilich über den jugendlichen Enthusiasmus unseres alten Freundes und überließen ihm, die Wirkung einer Rede mit dem von ihm angegebenen Inhalt zu versuchen.“

Aber sie hielten sich wohl, ihre Mandate niederzulegen, obwohl ihre Wiederwahl absolut sicher gewesen wäre! Das heißt, sie verzichteten darauf, irgend etwas Ernstliches zur Beseitigung des Ministers zu unternehmen, und taten sich auf ihre Feigheit noch etwas zugute, nannten das „die Dinge nüchtern ansehen.“

Wenn es auf die „Tatkraft“ des Bürgerturns anläme, würde der gegenwärtige Ruf „fort mit dem Minister Pöbbeck!“ zweifellos genau denselben Erfolg gehabt haben wie der damalige Ruf: „fort mit dem Minister Mähler!“

## Deutsches Reich.

### Mag Lorenz gegen den Reichsverband.

Herr Mag Lorenz beginnt in seiner Korrespondenz die angekündigte Abrechnung mit seinem kapitalträchtigeren Konkurrenten in der Sozialistenförderung, dem Reichsverband. Er behandelt einwischen ein Schriftchen des Vorsitzenden des Reichsverbandes, des Generalleitnants z. D. von Liebert, das den Titel trägt: „Die Entwicklung der Sozialdemokratie und der Einfluss auf das deutsche Volk“, und das dazu bestimmt sein soll, die Offiziere „über die staatsgefährliche Richtung der Sozialdemokratie aufzuklären und ihnen einen Anhalt zur Belehrung der Mannschaft zu gewähren.“

Mag Lorenz nagelt mit Erfolg die unehelichen statistischen Ränke des Herrn Generalleitnants fest. Herr Liebert versucht nämlich den Nachweis zu führen, daß die Sozialdemokratie erst nach dem Rücktritt Bismarcks ihren mächtigen Aufschwung genommen habe. Während sie nämlich in den Jahren 1871 und 1878 durch je neun Mitglieder im Reichstage vertreten gewesen sei, und auch 1881 erst 13 Abgeordnete gestellt habe, sei sie nach dem Rücktritt Bismarcks im Jahre 1890 auf 35 Abgeordnete gestiegen. Herr Mag Lorenz hält Herrn Liebert vor, daß die Sozialdemokratie doch bereits im Jahre 1884 24 Mandate erobert habe, eine Tatsache, die Herr Liebert, weil sie ihm nicht in den Kram paßte, gewissenhaft unterschlagen habe. Außerdem sei es eine Unwahrheit, daß die Wahl im Jahre 1890 nach dem Rücktritt Bismarcks erfolgt sei. Hätten doch die Wahlen bereits im Februar stattgefunden, während Bismarck erst Ende März gegangen worden sei.

Des weiteren negiert Herr Mag Lorenz fest, daß Herr Liebert „als Grundzüge des heutigen sozialdemokratischen Programms“ das Götthar Programm vom Jahre 1875 beämpfe, während ihm doch bekannt sein müsse, daß für die gegenwärtige Sozialdemokratie das Erfurter Programm maßgebend sei.

Schließlich verurteilt Herr Mag Lorenz die Angriffe des Herrn Liebert auf das unmittelbar vor den letzten Wahlen erschienene „Mafsetzgesetz“. Eine Broschüre, die sich speziell an die Offiziere wende, dürfe doch nicht Regierungshandlungen angreifen, die die kaiserliche Billigung erfahren hätten.

Herr Mag Lorenz verspricht dann noch eine Fortsetzung dieser Kritik, von der er seinen Lesern versichert, daß sie sie in wohlthuender Heiterkeit versehen würde. — Die Liebertsche Kritik des „Mafsetzgesetzes“ möchten wir zu allererst beanstanden, aber die statistischen Ränke des Herrn Liebert und die kritische Bemerkung des Götthar Programms scheinen uns in der Tat die absolute Unfähigkeit des Vorsitzenden des Reichsverbandes zu beweisen, in der Sozialistenvernichtung irgend welche Erfolge zu erlangen.

### „Ein unangenehmer Parteigenosse.“

So bestellt das reformkatholische „Zwanzigste Jahrhundert“ Herrn Roeren, wegen seiner Rede auf dem Parteitag des Zentrums im Regierungsbezirk Trier. Dort fühlte sich Herr Roeren bewegen, dem Eifer jener Männer, die das Zentrum durchaus zu einer rein politischen Partei stampeln wollen, einen Dämpfer aufzusetzen. Er erklärte, daß das Zentrum eine politische Partei sei, wer anders sage, begebe eine wissenschaftliche Unwahrheit; andererseits aber warnte er doch davor, diese Frage allzuhäufig zu erörtern, da sie Verwirrung in den Kreisen der eigenen Anhänger stifte; außerdem solle man nicht zu erwähnen vergessen, daß die Hauptaufgabe des Zentrums sei, die religiösen Interessen des katholischen Volkes zu vertreten.

Diese Ausführungen haben nun in hohem Maße den Unmut der genannten Wochenschrift erregt. Die Rede Roerens, heißt es, wimmle von Widersprüchen, so daß man nur die Gedanklosigkeit des Publikums bewundern könne, das ihm „fürmischen, nicht endemwollenden Weisheit“ gespendet habe. Die Frage, ob es die Hauptaufgabe des Zentrums sei, die religiösen Interessen des katholischen Volkes zu vertreten, beantwortet das Blatt dahin, daß jede Partei, die auf der Basis der religiösen Freiheit und Gerechtigkeit aufgebaut sei, die bedrohten Interessen einer Konfession zu machen habe; aber — heißt es dann weiter:

„Der Schutz der Religion kann nur einen Teil des Programms bilden. Etwas anderes ist es, wenn dieser Programmpunkt zur Hauptsache, zum Unterscheidungsmerkmal von anderen Parteien wird. Dann haben wir es mit einer konfessionellen Partei zu tun, und für eine solche ist für die Dauer auf deutschem Boden kein Platz. Sie bedeutet eine fortwährende Beunruhigung und Herausforderung der anderen und eine Schwächung der inneren Kraft der eigenen Konfession. Sie ist für die geistige Selbständigkeit der Konfessionsgenossen

eine ungesunde Hemmung und gerät mit Notwendigkeit unter die Fuchtel des Ultrakatholismus, der die maßlosesten Ansprüche der ultramontanen Richtung in dieser Partei zu verwirklichen hofft.“

Gegenwärtig noch, so meint zum Schluß die genannte Zeitschrift, sei der größte Teil der Wähler der Ansicht, daß das Zentrum die Partei der katholischen Kirche sei. Eine solche Auffassung von der Aufgabe des Zentrums möge „für manche Worthelden dieser Partei etwas Angenehmes haben, denn sie erleichtert ihnen die politische Agitation, da sie nur die konfessionellen Instinkte aufzureizen brauchen; aber sie mühte mit der Zeit zum Ruin der Partei führen, wenn einmal die konfessionellen Sonderinteressen vor dem Sturme der wirtschaftlichen Kämpfe zurücktreten.“

Wenn auch die Männer des „Zwanzigsten Jahrhunderts“ mit denen der „Katholischen Volkszeitung“ in der Forderung übereinstimmen, daß das Zentrum eine politische Partei sei, so sind doch die Gründe beider verschieden. Das reformkatholische Organ will dem Ultrakatholismus, der Vermengung von Religion und Politik entgegenwirken; die Wochenschrift aber haben nur das Interesse ihrer Partei im Auge und dazu bedürfen sie gerade dessen, was die Reformkatholiken verwerfen: die „Fuchtel des Ultrakatholismus“ und die „Aufregung der religiösen Instinkte“. Denn was wäre das Zentrum ohne die Fuchtel der Kirche! Wenn das Zentrum gegenwärtig darauf bedacht ist, die kirchlichen Kräfte einzuziehen, so hat das keine Gründe. Man vergesse nicht, daß die Zeit der Wahl naht. Das Zentrum ist in Not, namentlich im industriellen Westen, wo ihm in wichtigen Wahlkreisen die Sozialdemokratie arg auf den Fersen ist. Da ist es Zeit, sich nach Hilfe umzusehen, und so sucht das Zentrum Anschlag bei den übrigen bürgerlichen Parteien; zu diesem Zweck liegt ihm daran, den Vorwurf der konfessionellen Abgeschlossenheit, den Verdacht der ausschließlich katholischen Geistesverfassung zu entkräften. Das Zentrum möchte sich als staatsverhaltende, nationale Partei erweisen, für die auch Nichtkatholiken stimmen können und die ihrerseits bereit ist, andere Parteien im Kampfe gegen den „Amsturz“ und den „Lügenglauben“ zu unterstützen. Das ist der Sinn des vielbesprochenen Turm-Artikels von Julius Vochem; das ist der Sinn der unaufhörlichen Versicherung, daß das Zentrum eine politische Partei sei, und das ist der Sinn der gerade jetzt ins Werk gesetzten „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“, die dem Zentrum bei der Wahl die nichtsozialdemokratischen Arbeiter ins Reich führen soll.

Herr Roeren ist weniger diplomatisch als seine Parteigenossen vom rechten Zentrum. Wenn die fortschrittlichen Kreise des Ultrakatholismus in ihm einen „unangenehmen Parteigenossen“ erblicken, so ist ihm dafür die Anerkennung derer genug, die arm an Geist, aber dafür um so härter an Zahl sind. Der gutkatholische „Arbeiterfreund“ nennt Roerens Rede „die beste Antwort auf die feinerzeit vielfach verwirklichten Ausführungen Dr. Julius Wachems unter der Spitzmarke: „Heraus aus dem Turm.“ Nicht heraus, sondern „herein in den Turm!“ soll die Lösung sein.“

**Nationale Arbeiterkandidaten.** Herr Stöder hat bekanntlich einen Weitaufwurf erlassen, um einen Fonds von 60 000 Mark zusammenzubringen. Diese 60 000 Mark sollen die Mittel dazu bieten, sogenannte „nationale Arbeiterkandidaten“ aufzustellen. Angekündigt soll die Abhaltung von mit den einzelnen Parteien des Reichstages abgehandelt, daß fünf bis sechs evangelische Kandidaten für den Reichstag und auch einige für den preussischen Landtag tongebirt sein sollen. Das Zentrum scheidet für solche Kandidaturen von vornherein aus, und auch die Nationalliberalen sollen keinerlei Zugeständnisse gemacht haben. Die Zulagen können also nur von den Konservativen, Antisemiten und der Wirtschaftlichen Vereinigung gemacht worden sein. Voraussetzungen werden die Kandidaten in Kreisen aufgestellt werden, wo die Aussicht auf Gewählwerden ohnehin eine sehr ungewisse ist. Außerdem hat Stöder bis jetzt erst über 18 000 Mark quittieren können, es fehlt also noch eine beträchtliche Summe, um das Stöderische Projekt zu realisieren. Sollten übrigens auch die 60 000 Mark zusammenkommen, so würde der Erfolg dieser Arbeiterkandidaturen, die als ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, doch gleich Null sein.“

### Anerkennung der Fleischnot in — Preußen.

**Berg, 9. November.** Im preussischen Landtage beantwortete die Regierung die von freisinniger Seite eingebrachte Interpellation über die Fleischnot dahin, daß sie das Befehlen der Fleischnot ohne Einschränkung anerkenne. Ueber die Gründe der Entstehung derselben seien die Ansichten geteilt. Die Regierung sei bereit, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß geeignete Maßnahmen ergriffen werden, die Fleischnot und Fleischtheuerung möglichst zu mildern. Der Landtag ist mit der Erklärung der Regierung, weil nicht weitgehend genug, nicht befriedigt.

**Saarbrücken, 9. November.** Die Stadtverordneten beschloffen, mit Rücksicht auf die herrschende Fleischtheuerung allen städtischen Arbeitern eine fünfprozentige Lohnerhöhung zu bewilligen. Dieselbe Wohlthat soll den städtischen Beamten zuteil werden, deren Gehalt nicht mehr als 2000 M. beträgt.

### Ein Agrarier, der ein bißchen Gewissen hat.

In der Stadt Remmingen fand eine Versammlung sämtlicher Bürgermeister des Amtsbezirks statt mit der Tagesordnung: „Die Fleischtheuerung“. Der Referent, ein größerer Landwirt, gab zu, daß die Landwirtschaft gegenwärtig unter äußerst günstigen Bedingungen arbeite, daß die landwirtschaftlichen Produkte Preise erzielen, wie nie zuvor, namentlich in der Viehzucht. Durch diese bedeutende Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte sei eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel als notwendige Folge eingetreten, die Tausenden selbst eine bescheidene Existenz nicht mehr ermöglichen. Hier energisch einzugreifen, sei Pflicht der Landwirtschaft, denn zum Gedeihen des gesamten Staatswesens sei eine gesunde Wechselbeziehung zwischen Stadt und Land unbedingt notwendig.

Dieser Agrarier gibt doch wenigstens zu, daß bei der Landwirtschaft von einer Not zurzeit nicht gesprochen werden kann, daß die große Masse des Volkes dabei außerordentlich zu leiden hat. Er will nun insofern geholfen wissen, daß die Landwirtschaft sich genossenschaftlich organisiere, um dadurch den Städten das Fleisch unter Ausschaltung des Zwischenhandels billiger liefern zu können. Mit dem Lebensmittelwucher durch Zollschranken und Grenzsperrre ist dieser „ehrliche“ Agrarier durchaus einverstanden, er unterscheidet sich von den ostelbischen Raubrittern nur dadurch, daß er das schöne Geständnis ablegt, und das ist gegenwärtig für uns sehr wertvoll!

### 4½ Jahre Gefängnis für einen Trunkenboldsgeizh.

Vor dem Kriegsgericht der ersten Division in München hatten sich die Soldaten des 1. Infanterie-Regiments, Otto Fischer von Rosenheim und Thomas Frischmann von Stodberg, Bezirksamt Pfaffenhausen, wegen eines Verbrechens des militärischen Ausrufs zu verantworten. Anfangs September, während des letzten Wanders, war die 10. Kompanie 1. Infanterie-Regiments in Tann bei Simbach einquartiert. Die beiden Angeklagten verdrachten den Nachmittags auf einem Weiler, wo sie mit Pionieren zusammentrafen. Der Alkohol tat alsbald seine Wirkung. Es kam zwischen den Soldaten der beiden Truppenteile zu Reibereien. Beim Nachhausegehen sah Fischer vor der Apotheke einen Soldaten in der Drillschmuntur, mit dem er allerlei Mäotria trieb. Dieser verbot sich dieses energisch, stellte sich als Sergeant

des Pionier-Bataillons vor und befahl dem Fischer nach Hause zu gehen. Fischer lehnte sich auf diesen Befehl nicht und schickte seine Mäotria mit dem Sergeanten fort. Darauf nahm der Sergeant dem Fischer den Säbel ab, es folgte eine Balgerei um das Seitengewehr. Der inzwischen dazugekommene Frischmann verfehlte dem Sergeanten eine Ohrfeige und lief davon; der Sergeant nahm die Verfolgung auf. Fischer, der inzwischen seinen Säbel wieder an sich gerissen hatte, lief hinter dem Sergeanten her und verfehlte ihm mit dem Säbel einen Schlag über den Kopf, so daß der Sergeant zusammenbrach. Die beiden Angeklagten entschuldigten sich mit Trunkenheit und behaupteten, daß sie den Sergeanten nicht erkannt hätten. Da nicht nachgewiesen werden konnte, daß sich die beiden Angeklagten vorher verabredet hätten, den Sergeanten anzugreifen, wurde die Anklage wegen militärischen Auftrags fallen gelassen. Dagegen wurden die beiden eines tötlichen Vergehens an einem Vorgesetzten schuldig gesprochen und Fischer zu 2 Jahren 6 Monaten, Frischmann zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

## Ausland.

### Oesterreich.

**Die Wahlreformvorlage** rief am Donnerstag im Abgeordnetenhaus auch den Ministerpräsidenten, Freiherrn v. Beck, auf den Plan. Aus seiner Rede sind besonders folgende Stellen hervorzuheben: „... Durch die Vertiefung und Erweiterung der Volksrechte, ohne dabei mit den wahrhaft konservativen Tendenzen im Widerspruch zu geraten, müssen die weitesten Kreise des Volkes“ an die staatlichen Interessen gefesselt, und muß der Staatsmann in möglichst tiefe Schichten getragen werden. Das ist nach meiner Ansicht das probateste Mittel zur politischen Erziehung der Bevölkerung, das einzige Mittel, den Radikalismus, der außerhalb des Hauses gefährlich werden kann, innerhalb desselben aller Stacheln und Spigen zu entkleiden und ihn vielleicht sogar für das allgemeine Interesse nutzbar zu machen. (Zustimmung.) ... Mag die Schöpfung des Ausschusses mehr oder weniger vollkommen sein, eines ist gewiß: wir haben keine andere Wahl, wir haben den Klub überhört und können nicht mehr hinter den Klub zurückkehren (Lebhafte Weisheit); denn das Scheitern dieses Werkes wäre gleichbedeutend mit einem Trümmerfeld, welches das Grab der losbarsten und wertvollsten Interessen wäre. (Weisheit.) ...“

Herr v. Beck beschäftigte sich dann noch mit den Aufgaben, die Oesterreich und dem neuen Hause zufallen werden: Neuorganisation des Verhältnisses zu Ungarn, Ausgestaltung der Armee, Wiederherstellung der Fühlung zwischen Staatsverwaltung und Parlament.

Der etwas naive Appell an die Großgrundbesitzer, denen der Ministerpräsident in seiner Rede zumute, ihre Unerfährlichkeit ein wenig zu zügeln, fiel natürlich auf unfruchtbaren Boden. Graf Stuerch, der nach Beck das Wort ergriff, gab eine Erklärung ab, die besagt, daß der verfassungstreuere Großgrundbesitzer nicht aus Klasseninteresse (?), sondern aus staatlichen und nationalen Bedenken“ an der bisherigen Haltung festhalten und alle Anträge loyal unterstützen werde, welche bezwecken, an Stelle des gleichen „ein billig abgestuftes Wahlrecht“ zu setzen und welche die Vertretung der Deutschen verstärken und sie durch Schutzmaßnahmen gegen jede weitere Erschütterung sichern werden. Der verfassungstreuere Großgrundbesitzer werde — so schloß Graf Stuerch — in dritter Lesung gegen die Vorlage stimmen, falls die Ausführanträge unverändert angenommen werden!

**Wien, 9. November.** (Abgeordnetenhaus.) Bei der zweiten Lesung der Wahlreform greift Placet den Fischklub wegen Vernachlässigung der Interessen des tschechischen Volkes an. Sufisse polemisiert in längerer Rede gegen Laucar und tritt für die Vorlage ein. Ein Antrag Bezjog auf Schluß der Sitzung wird abgelehnt, worauf ein heftiger Wortwechsel zwischen dem Antragsteller und den Sozialdemokraten entsteht.

### Schweiz.

**Zürich, 8. November.** (Eig. Ber.) Der Züricher Kantonsrat hat in seiner Sitzung vom Montag das Wahlgesetz zu Ende beraten. Aus den Verhandlungen ist ersahendwert die Neuerung, wonach die politischen Gemeinden durch die Gemeindeordnungen oder durch Gemeindebeschlüsse bestimmen können, daß die Wahlen in die parlamentarischen Gemeindevertretungen nach dem Verhältniswahlverfahren vorzunehmen sind! Sollte das revidierte Wahlgesetz in der Volksabstimmung Annahme finden, so würden von dem Gemeindeproporz wohl zunächst die Städte Zürich und Winterthur Gebrauch machen. Ob aber die sozialdemokratische Partei deswegen für das Gesetz eintreten wird, ist noch nicht sicher. Wird doch durch die Erhöhung der Vertretungsziffer von 1500 auf 1800 schweizerische Einwohner die Mitgliederzahl des Kantonsrates erheblich vermindert, zuungunsten der Städte und insbesondere der sozialdemokratischen Partei und zugunsten der reaktionären Bauern und ihrer städtischen Gefinnungsgenossen. Dr. Weissfren wollte die gesamte Einwohnerzahl, einschließlich der Ausländer, gelten lassen, aber sein Antrag wurde von den Reaktionen abgelehnt.

### Frankreich.

**Varinis Rede** über die Aufgaben des ihm unterstellten neuen Arbeitsministeriums wird von der bürgerlichen Presse als ein bedeutungsvolles Ereignis bezeichnet. Sie schreibt: Zum ersten Male sei von einem Mitgliede der Regierung das sozialistische Programm auf der Kammertribüne verteidigt worden.

Die radikalen Blätter heben mit Befriedigung hervor, daß die Rede „eine wirkungsvolle Antwort auf die Erklärung des Kongresses der geeinigten Sozialisten“ bilde. Sie sagen: Viviani habe unter Ablehnung des Klassenkampfes gezeigt, daß die Politik der Gewalttätigkeit unfruchtbar sei. — Die gemäßigt-republikanischen Blätter meinen: Diejenigen radikalen Deputierten, welche mit Begeisterung für den Maueranschlag der Rede gestimmt hätten, würden bald sehen, zu welchen bedauerlichen Zielen der neue Minister der Arbeit sie führe!

Jaurès erklärt in der „Humanité“: Die Rede Vivianis lege der Regierung und dem Parlament die Pflicht auf, die im Programm des Ministeriums angekündigten Reformen unerschrocken durchzuführen. Jede Politik der Jaghaftigkeit wäre ein Verbrechen und eine Torheit.

Daß der Antrag, Vivianis Rede öffentlich anzuschlagen, mit 368 gegen 129 Stimmen angenommen wurde, haben wir bereits gestern melden können. Dazu ist heute nachzutragen, daß von unseren „geeinigten“ Genossen im französischen Parlament 33 — darunter Jaurès — für und 19 — darunter Guesde — gegen den Plafatierungsantrag stimmten! —

### Rumänien.

Gegen die Juden heben die rumänischen Chauvinisten zurzeit wieder, indem sie zum Wohl der jüdischen Handwerker, Kaufleute usw. auffordern. Es werden allenthalben im Lande Gesellschaften gegründet, die sich zum Zweck machen, Genossenschafts-Schneidereien, Schuhereien usw. auf nationale m Boden aufzubauen. Auch propagieren die jüdenfeindlichen Elemente die Gründung von Gewerke-Kreditbanken, um den rumänischen Kleinbürgern gegen die Konkurrenz der Juden zu helfen. —

## China.

### Reorganisation.

Peking, 8. November. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der kaiserliche Erlass betreffend die Reorganisation der Regierung und der Verwaltung schafft für fast sämtliche Verwaltungszweige eine neue Gestaltung oder neue Bezeichnung. Es wird ein Marineamt und ein Generalfeldmarschall errichtet, ferner ein umfassendes Verkehrsamt, dem die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung unterstellt wird. Der Erlass betont, daß die vorerwähnten Veränderungen nur die Grundlage bilden sollen für eine Verfassung. Sollten die Maßnahmen sich als nicht zweckmäßig erweisen, so würden sie auf neue zu ändern sein. Der Erlass schließt mit dem Hinweis, daß China sich so lange in einer gefährlichen Lage befinden werde, als nicht Befehle erlassen werden, denen Hoch und Niedrig Gehorsam leistet. Die Minister werden aufgefordert, gemeinsam vorzugehen auf dem Wege zur Befestigung der Lage des Landes; für den Fall, daß sie dem kaiserlichen Befehle nicht gehorchen und es unterlassen würden, die Hoffnungen des Volkes zu erfüllen, wird ihnen Bestrafung in Aussicht gestellt.

## Aus der Partei.

Aus Baden. Der in letzter Zeit recht intensiv betriebenen Landagitation gelingt es in solchen Orten sozialdemokratische Lokalorganisationen zu gründen, deren Bevölkerung bisher im Sinne des gegnerischen Terrorismus stand. So wurden in Spöck (bei Karlsruhe) und in Dossenheim (bei Heidelberg) nach den Referaten der Abgeordneten G. d. und Pfeiffle sozialdemokratische Ortsvereine ins Leben gerufen.

Reminiscenz aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Vor zwanzig Jahren, am 10. November 1886, hielten Genossen zu Frankfurt a. M. in dem Lokale des Frankfurter Parteiveteranen, des Genossen Heinrich Prinz in der Albusgasse 19 eine Besprechung über Parteiangelagenheiten ab. Mitlen in der Diskussion erscholl plötzlich der Ruf: „Die Polizei!“ Alle Ausgänge waren besetzt; keiner der Anwesenden durfte den Saal verlassen und bis auf einen wurden sämtliche 38 Genossen verhaftet. Diese Verhaftung gab die Grundlage für den großen Geheimbündnisprozess 1886/87. Elf Wochen verbrachten die Genossen in dem noch nicht ganz fertiggestellten Gefängnis Klapperfeld in Untersuchungshaft. Ende Januar 1887 wurden sie dann nach sechsstägiger Verhandlungsdauer zu mehr oder minder hohen Gefängnisstrafen verurteilt: die Genossen Prinz, Jäggel und Trompeter belamen wegen Geheimbündelerei sechs Monate, die anderen mußten vier, zwei und einen Monat hinter schwedischen Gardinen zubringen. Inzwischen wurde Ende 1886 der kleine Belagerungs- und über Frankfurt a. M. verhängt, und der 25. Dezember 1886 sah jenes Schauspiel, das für immer ein Schandmal der deutschen Geschichte bilden wird: die in der ganzen Welt aufsehenerregende Weihnachtsfeier der Sozialdemokraten vorgeladene und ihnen eröffnet, daß sie binnen Tagesfrist das Stadtgebiet und die nähere Umgebung Frankfurts verlassen mußten. Nicht weniger als 71 Genossen, wovon sich 32 Verheiratete mit 30 Kindern befanden, trug die Ausweisung. So verfuhr damals die Polizei unsere Bewegung mit brutalen Gewaltmaßnahmen niederzudrücken. Aber wie uns heute jedes Klassenurteil tausende neuer Anhänger zuführt, so wirkte die Verhaftung am 10. November 1886 — der als Ehrentag in den Annalen der Frankfurter Parteigeschichte steht — und ihre Folgen zum Besten der Partei: sie bekam „rote Baden und pralle Quoten.“

### Gemeindegewahlen.

In Iserlohn fielen bei den Stadtverordnetenwahlen auf die Sozialdemokraten 730—739, auf den Freisinn 712—807, auf das Zentrum 591—689 Stimmen. Es muß also Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Freisinn stattfinden.

In Weylar erhielt der sozialdemokratische Kandidat bei den Stadtverordnetenwahlen 73 Stimmen gegen 319 bürgerliche. Die Genossen beteiligten sich zum erstenmal.

Zu dem Ergebnis der Düsseldorf Stadtverordnetenwahlen schreibt man uns noch: Während unsere Genossen vor zwei Jahren 2140 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigten, erhielten sie jetzt 4045 Stimmen. Aber auch das Zentrum erhöhte seine Stimmenzahl von 6544 auf 8142, die Wahlbeteiligung war stärker als bei der letzten Wahl, trotzdem wählten auch jetzt nur 33 1/2 Prozent aller Wähler. Die Stimmen der Nationalliberalen stiegen von 1619 auf 1867, den größten Fortschritt also haben unsere Genossen gemacht. Fest steht, daß in absehbarer Zeit die dritte Abteilung unserer Genossen zufällt und wenn sich das Zentrum noch so verweigert wehrt. Der Zuwachs der Sozialdemokratie beträgt 88 Prozent.

## Gewerkschaftliches.

### Wie Streikprozesse entstehen.

Vor dem Landgericht in Saargemünd hatten sich sechs Arbeiter zu verantworten, die bei dem Streik auf den Solbawerken in Saaralben Streikbrecher bedroht und genötigt worden waren. Am Morgen des 13. August trafen sie auf der Straße nach dem Werke sechs Streikbrecher. Einer der Angeklagten rief ihnen zu: „Halt, keinen Schritt weiter.“ worauf die Streikbrecher stehen blieben. Die Angeklagten machten sie nun auf ihre Tun und Handeln aufmerksam und forderten sie auf, noch einige Tage mitzustricken. Alle Zeugen sagten aus, daß sie nicht bedroht worden wären und daß sie von den Angeklagten nichts befürchtet hätten, sie hätten ungeniert ihres Weges gehen können, aber es seien in der Ferne Leute gekommen, die sie auch für Streikende gehalten hätten, und so seien sie umgekehrt und heimgewandert. Es ist also absolut nichts Strafbares festgestellt worden und doch verlangte der Staatsanwalt die Verhaftung der Leute, da sie sich der Bedrohung und Nötigung schuldig gemacht hätten. Die Gendarmerie habe nach telefonischer Herbeiführung die Strafe säubern müssen. Dabei haben die Zeugen bekundet, daß die Angeklagten nach der Unterredung ebenfalls weggingen und daß niemand mehr an dem betreffenden Ort gewesen sei als die Gendarmen. Und doch wurden die Angeklagten zu Gefängnisstrafen in Höhe von 1—14 Tagen verurteilt. Die Zeugen hatten zum Ueberflus noch erklärt, daß sie keinen Strafantrag gestellt hätten, daß sie auch nicht haben wollten, daß die Angeklagten bestraft werden sollten. Aber alles half nichts. „Der Jude wird verbrannt“, denn ein Direktor des Werkes hatte unbedingt verlangt, daß die Sache den Gendarmen angezeigt und die Leute bestraft werden müßten. Demnach soll die Justiz dazu da sein, um die niedrigen Radelgläser der Scharfmacher zu bescheiden.

### Berlin und Umgegend.

#### Ein früher Scharfmacher.

Die Angeklagten der Firma Hilbrandt versammelten sich am Donnerstagabend, um zu hören, welche Antwort die Unternehmer auf das Ansuchen der Arbeiter, ihren Minimaltarif anzuerkennen, gegeben hatte. Weidner, der Bevollmächtigte vom Zentralverband der Konditoren, erklärte, daß die geforderten Schreiben u. a. eröffnet zu rückgekommen seien. Hilbrandt hatte die Annahme verweigert. Unter dem lauten Beifall der überfüllten Versammlung sprach der Redner seine Entrüstung über dieses Verhalten der Firma aus. Scharf beleuchtete er die erbärmlichen Arbeitsverhältnisse bei Hilbrandt und forderte energisch zur Organisation auf, wenn die sehr bescheidenen Forderungen durchgesetzt werden sollen. Hilbrandt würde sich hüten, so führte er aus,

dem Verbands die Briefe zurückzusenden, wenn er mit organisierten Arbeitern zu rechnen hätte. Die Organisation wird gefürchtet, das zeigt z. B. die Äußerung eines Vorgesetzten im Betriebe, daß er einen Laster für den Namen einer jeden organisierten Arbeiterin geben würde. Mit aller Kraft müsse während der Woche an der Organisation gearbeitet werden, damit am nächsten Donnerstag bestimmte Beschlüsse gefaßt werden könnten; die einzelnen Berufsgruppen sollen sich bis dahin öfter versammeln, um Agitation zu treiben. Unter den in Massen erschienenen Arbeitern und Arbeiterinnen waren auch viele Meister und Betriebsbeamte vertreten, aber keiner wagte, trotz wiederholter Aufforderungen, in der Diskussion das Wort zu ergreifen, um die Verhältnisse bei Hilbrandt zu rechtfertigen.

Wieder eine aufgelöste Hausdienerversammlung. Zu gestern Abend hatte die dem Gewerkschaftsverband angegliederte Lokalorganisation der Hausdiener eine allgemeine Berufsversammlung nach dem „Englischen Garten“ einberufen, die auch von Mitgliedern des Transportarbeiter-Verbandes besucht war. Nie ist es wohl dazwischen über die Existenzberechtigung der Lokalorganisationen gesprochen. Durch die bereits circa 1 1/2 stündigen Ausführungen des Referenten, in denen er zuletzt besonders scharf den Transportarbeiter-Verband wegen der Uebertrittsangelegenheit des Vereins Berliner Hausdiener angriff, kam es zu einer heftigen Unruhe, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste.

### Deutsches Reich.

#### Was sagen die Vergarbeiter?

Aus Essen (Ruhr) meldet uns eine Privatdepesche vom 9. November 1906:

Die Siebenerkommission in Gemeinschaft mit den Organisationsvorständen beschlossen in heutiger Sitzung, auf den 21. November für die größeren Bezirke Nebierkonferenzen einzuberufen, die über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen Beschluß fassen sollen. Von den Zahlstellenvorständen soll eine Lohnstatistik aufgenommen werden, um die tatsächlichen Verhältnisse auf Grund der Lohnbücher festzustellen. Ferner wurde beschlossen, durch die Siebenerkommission an die Regierung und an den Reichstag eine Eingabe betreffend Sperre und Ueberhörsichten zu richten.

Außerdem sollen die Organisationsvorstände in Sachen der Fleischnot und der Lebensmittelteuerung ebenfalls an die Regierung und an den Reichstag eine Eingabe gelangen lassen.

Die Reifenmacher des Reichsgebietes von Schulz und Kulm haben mit ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum Herbst 1908 Gültigkeit hat. Der im Mai vorigen Jahres abgeschlossene Vertrag hatte bis Oktober d. J. Gültigkeit. Infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise verlangten diese jetzt einen durchschnittlichen Lohnaufschlag von 15 Prozent. Die Arbeitgeber, welche anfänglich zum Verhandeln nicht zu bewegen waren, erklärten sich aber zu solchem bereit, als von den Reifenmachern die Kündigung eingereicht wurde. Durch den zustande gekommenen Vertrag wurde ein Lohnaufschlag von 10 Prozent erzielt.

#### Scharfmacher in der Enge.

Der Arbeitgeberverband sächsisch-thüringischer Webereien beschloß gestern mittig in einer zu Greiz abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung, in allen Betrieben des sächsisch-thüringischen Verbandes eine Lohnerböschung von fünf Prozent einzutreten zu lassen. Man hofft damit eine bevorstehende Lohnbewegung und einen etwaigen Ausstand verhindert zu haben. In Betracht kommen 243 Betriebe mit 20 000 Arbeitern.

Die Arbeiterchaft der weltberühmten Lokomotivfabrik, Sächsische Maschinenfabrik, vormals Richard Hartmann, in Chemnitz, versammelten sich vor kurzem in zwei großen Sälen und beauftragten den Arbeiterausschuß, bei der Direktion dahin vorstellig zu werden, daß Ueberstunden möglichst vermieden werden, würden sie aber notwendig, daß dann ein Zuschlag von 25 Prozent bezahlt werde. Nachdem die Verhandlung zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschuß stattgefunden hatte, erschien in den Betriebsräumen ein Aufschlag, nach dem für die Zukunft für Ueberstunden ein Zuschlag von 20 Prozent gewährt wird. Es ist dies ein annehmbares Angebot, wenngleich der gegenwärtige Stand des Werkes auch einen 25 prozentigen Zuschlag zuließe. Wäre in dem größten Chemnitzer Betriebe der größte Teil der Arbeiterchaft organisiert, so könnte die Direktion auch gezwungen werden, 25 Prozent Zuschlag zu gewähren. Ferner könnten auch die niedrigen Löhne, die Hofarbeiter, auch Schlosser und andere Arbeiterkategorien noch erhalten — bis herab unter 15 M. wöchentlich! — beseitigt werden. Auch bezüglich der hygienischen Verhältnisse in dem Riesenbetriebe steht es nicht zum besten. Da kann nur mit Hilfe einer starken Organisation Besserung geschaffen werden.

Zur Buchdruckerbewegung. Nachdem die Rühlhauser Buchdrucker sofort dem Tarif zugestimmt haben, haben die Straßburger und Meyer Gehäusen dies in einer zweiten Besammlung nachgeholt. Die Prinzipale versprochen, auch den über Minimum entlohnenden Gehäusen eine Gehaltszulage. Interessant ist, daß die Straßburger Unternehmer den Gehäusen eine Teuerungszulage versichert hatten, wenn der Tarif angenommen sei. Diese wird nun bis zum Inkrafttreten desselben bezahlt. Hätten aber die Buchdrucker den Tarif nicht angenommen, dann hätte es auch jedenfalls keine Teuerungszulage gegeben. „Harmonie!“

### Ausland.

Kohlengraber-Streit. Im Kohlenrevier zu Mährisch-Osttau ist ein partieller Streit der Grubenarbeiter ausgebrochen.

#### Beendigung des Streiks in Serviers.

Die Syndikate der Webereiarbeiter haben mit großer Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Von 1085 Ausständigen stimmten 727 für den Beschluß. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll am Montag erfolgen.

#### Ein Lehrstuhl für gewerkschaftliche Bewegung.

Bei der ökonomischen Abteilung des St. Petersburger Polytechnikums wird ein besonderer Lehrstuhl für gewerkschaftliche Bewegung errichtet.

#### Forderungen der russischen Kaphtarbeiter.

Die Delegierten der Valuer Kaphtarbeiter, die zu der jetzt im russischen Handelsministerium stattfindenden Kaphtarbeiterkonferenz nach Petersburg gekommen sind, übermittelten soden der Konferenz zur Beratung die präzisierten Forderungen von 20 000 Arbeitern. Die hauptsächlichsten Forderungen der russischen Kaphtarbeiter stellen sich wie folgt dar: 1. Achtstündige Arbeitszeit. 2. Vollständige Abschaffung der Ueberstunden und Einführung einer Nachtschicht. 3. Vollige Beseitigung aller Akkordarbeiten. 4. Anerkennung des Feiner des 1. Mai. 5. Pausenlohnzahlung während der Dauer des Streiks. 6. Einstellung aller entlassenen Arbeiter. 7. Organisation eines Schiedsgerichts bei gleicher Beteiligung beider Parteien. 8. Niemand darf ohne Zustimmung der aus Vertretern beider Parteien bestehenden Spezialkommission entlassen werden. 9. Organisation einer zweckmäßigen ärztlichen Hilfe auf Kosten der Arbeitgeber. 10. Versicherung der Arbeiter auf Kosten der Arbeitgeber. 11. Volle Pension für Kranke und Invaliden. 12. Bibliothek in jedem Bezirk. 13. Organisation von Volks- und Mittelschulen für Arbeiterkinder auf Rechnung der Arbeitgeber. 14. Einrichtung zweckentsprechender Arbeiterkolonien. 15. Errichtung von Volks-

häusern in allen Bezirken. 16. Freiheit der Versammlungen, der Vereine und Verbände; Aufhebung des Belagerungszustandes bezug des verstärkten Schutzes. 17. Nichteinmischung der Polizei in die Streiks. 18. Organisation von Notstandsarbeiten und Eröffnung von Volksskolen zur kostenlosen Speisung Arbeitsloser. 19. Strafen und sonstige Repressalien werden aufgehoben. 20. Ueberhalbmonatlicher Urlaub bei Auszahlung des Lohnes. Nachdem die Arbeiterdelegierten die obigen Forderungen der Konferenz überreicht haben und dieselbe Kenntnis davon genommen hat, beschloß man, zunächst die wichtigsten Punkte, wie die Lösung der Wohnungsfrage usw. zu erledigen und erst dann zu den präzisierten Wünschen der russischen Kaphtarbeiter überzugehen, vorausgesetzt natürlich, daß der russische Handelsminister Filosofow, der bei dieser Kaphtarbeiterkonferenz den Vorsitz führt, seine Genehmigung dazu erteilt.

#### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Spanien.

In der letzten Nummer des Organs der Allgemeinen Arbeiterunion von Spanien ist erfreulicherweise der Beweis erbracht, daß die Organisation, die noch vor Jahresfrist auf äußerst schwachen Füßen stand, sich rasch emporgehoben hat. Namentlich ist die Fluktuation eine geringere geworden. Während früher im Jahre bis zu 10 000 Mann aus der Organisation wieder austraten, verzeichnet der gegenwärtige Bericht für das letzte Halbjahr nur 2000 Austritte bei einem Mitgliederbestande von 24 537. Der Bericht spricht die Hoffnung aus, daß der Verlust an Mitgliedern immer geringer wird und daß die gegenwärtigen Mitglieder einen kräftigen Kern bilden, der der Union zur Verwirklichung ihrer Ziele verhilft. An der Mitgliederbewegung haben natürlich die Streiks einen nicht geringen Anteil. Für das Jahr 1905 ist für Spanien folgende Streikstatistik aufgestellt worden: Die Zahl der Streiks betrug 141, an denen zusammen 19 520 Personen beteiligt waren. Von diesen wurden 49 gewonnen, 47 gingen verloren, während 37 durch Vergleich beendet wurden, und von 8 ist das Resultat unbekannt. Von den 141 Streiks wurden 59 wegen der Forderung auf Lohnerböschung geführt, in 36 Fällen war die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt, 12 wurden wegen des Koalitionsrechts geführt, während in 2 Fällen die wöchentliche Lohnzahlung gefordert wurde, 12 Streiks brachen aus, weil die Arbeitgeber die Beträge nicht imgezahlt hatten, vier, weil Arbeiter ungeduldrweise entlassen wurden, vier wegen der Forderung um Abschaffung der Akkordarbeit und 12 aus verletztem Ehrgefühl. Von den einzelnen Verusen waren am meisten beteiligt das Baugewerbe mit 28 Streiks und 3850 Personen; der Zahl der beteiligten Personen nach kommen an erster Stelle die Verpleute, welche 15 Streiks mit 5200 Personen durchführten. Es folgen sodann: Lebensmittelindustrie 12 Streiks mit 3199 Personen; Verleibungsindustrie 17 Streiks mit 1954 Personen; die Tischler 21 mit 1112; Metallarbeiter 11 mit 715 usw. Schon die geringe Anzahl der Beteiligten zeigt, daß wir es hier fast nur noch mit handwerksmäßigen Betrieben zu tun haben.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Poddens Nachfolger.

Frankfurt a. M., 9. November. (B. G.) Als Nachfolger des Landwirtschaftsministers v. Poddenski wird, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin gemeldet wird, in politischen Kreisen bereits seit einiger Zeit ein älterer konservativer Parlamentarier genannt, der lange Zeit Führer der deutsch-konservativen Fraktion im Reichstage gewesen ist und seitdem im Herrenhause eine Rolle spielt.

Dieser „ältere konservative Parlamentarier“ dürfte der Freiherr Otto von Rantseffel, Vizepräsident des Herrenhauses, sein. In seiner politischen Tätigkeit hat er sich als einer der schärfsten Gegner des Reichstagswahlrechts gezeigt, der jede gebotene Gelegenheit benutzte, die Regierung gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen.

### Stadtverordnetenwahltag

Lüdenscheid, 9. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen erzielten unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Die Kandidaten unserer Partei erhielten 980 Stimmen, während die Stimmenzahl der Gegner sich auf 700 beziffert. Er wurden drei Genossen in das Stadtparlament entsandt.

### Jugentleistung

Lissa, 9. November. (Amtliche Meldung.) Am 9. dieses Monats entlegte der Schmiedung 71 der Strecke Görlitz-Lissa-Ralsch hinter Bahnhof Ranzel. Zwei Personenwagen mit Vorderdrehräder entgleis, der dritte gestürzt. Reisende nicht verletzt. Ein Beamter erlitt eine stärkere Fleischwunde. Zwei Beamte sind ganz leicht verletzt und konnten sich in ihre Wohnungen begeben.

### Beendigung des Innenschifferstreiks.

Damoung, 9. November. (B. L. B.) In einer heute hier abgehaltenen Versammlung der ausständigen Innenschiffer wurde nach langer Debatte mit 107 gegen 9 Stimmen beschlossen, den Ausstand zu beenden und die Bedingungen der Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften vorbehaltlich der Zustimmung der heute an verschiedenen Elbeplätzen tagenden Versammlungen der Ausständigen anzunehmen.

### Nationale Schweine.

München, 9. November. In sämtlichen Regierungsbezirken Bayerns ist die Schweinefleisch (Schweinefleisch) konstatirt worden.

### 17 Personen getötet.

Konstantinopel, 9. November. (Meldung des Wiener I. L. Telegr.-Korresp.-Bureau.) Eine starke Bande, deren Mitglieder teils militärische teils bürgerliche Kleidung trugen, tötete in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in dem bulgarischen Dorfe Karadzkoj, südwestlich von Serres, 17 Personen und verwundete sieben. Mehrere Häuser wurden durch Feuer und Bomben zerstört.

### Etwas abgehandelt

Darshan, 9. November. (B. L. B.) Nach den letzten Feststellungen sind bei dem bei der Station Rogow von einer bewaffneten Bande auf einen Postzug ausgeführten Ueberfall 41 000 Rubel Bargeld und 25 000 Rubel in Wertpapieren geraubt worden. Einige mit Geld gefüllte Säcke sind den Räubern entgangen. Verletzt wurden 17 Personen, eine Person wurde getötet.

### Russisches Recht.

Odesa, 9. November. (Südrußische Telegraphen-Agentur.) Der hiesige Generalgouverneur erhielt vom Minister Stolypin den Befehl, die ganze Universität vor Gericht zu ziehen für angebliche revolutionäre Tätigkeit während des vorjährigen Pogroms. In Wirklichkeit bestand diese Tätigkeit in einer Diskussion für ausgegliederte und verwundete Juden, in der Teilnahme an kommunalen Komitee für die öffentliche Sicherheit und darin, daß den Studenten seitens der Universität nicht verboten wurde, eine Milla zu errichten, um Pogrome zu verhindern. Neben der Stadtverwaltung sieht somit auch die Universität unter Anklage, um die Beteiligung an den Wahlen zu verhindern.

Zum Bäckerarbeiterchutz in Preußen.

Statt eines reichsgesetzlichen Bäckerarbeiterschutzgesetzes haben die Bundesregierungen eine Vereinbarung getroffen, auf Grund deren die Minister für Handel und Gewerbe, der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, sowie des Innern jetzt den Oberpräsidenten den nachstehend abgedruckten Entwurf einer Polizeiverordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen neben den Konditorwaren auch Bäckereiwaren hergestellt werden, mit dem Ersuchen zugehen lassen, für ihren Bezirk eine entsprechende Polizeiverordnung zu erlassen.

Entwurf einer Polizeiverordnung

über die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen neben den Konditorwaren auch Bäckereiwaren hergestellt werden.

§ 1. Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer als einen halben Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen.

Das Maß von 0,50 Meter kann auf 1 Meter erhöht werden, wenn an der zugehörigen Außenwand ein durchgehender Licht- und Lüftungsgang hergestellt wird. Der Graben muß mindestens 1 Meter breit sein und mit seiner gut zu entwässernden Sohle mindestens 0,15 Meter tiefer als der Fußboden der anstößenden Räume liegen.

Durch den Regierungspräsidenten (in Berlin den Polizeipräsidenten) können auf Antrag Ausnahmen zugelassen werden, wenn auf andere Weise durch zweckmäßige Isolierung des Bodens und ausreichende Licht- und Luftzufuhr den gesundheitlichen Anforderungen entsprochen ist.

§ 2. Die Arbeitsräume müssen mindestens 3 Meter hoch und mit Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe genügen, um für alle Teile der Räume Luft und Licht in ausreichendem Maße zu gewähren. Die Fenster müssen unmittelbar ins Freie führen und so eingerichtet sein, daß sie zum Zwecke der Lüftung ausreichend geöffnet werden können.

Der Regierungspräsident (in Berlin der Polizeipräsident) kann auf Antrag, abweichend von den vorstehenden Vorschriften, ausnahmsweise die Benutzung von Arbeitsräumen bis zu einer Mindesthöhe von 2,50 Meter gestatten, soweit nicht das örtliche Baurecht an Räume, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, höhere Anforderungen stellt.

§ 3. Die Räume müssen mit einem dichten und festen Fußboden versehen und gegen das Eindringen von Erdfeuchtigkeit hinreichend geschützt sein.

Die Wände und Decken müssen, soweit sie nicht mit einer platten, abwaschbaren Bekleidung oder mit einem wasserdichten Anstrich versehen sind, jährlich mindestens einmal mit Kaltfrisch angestrichen werden. Der wasserdichte Anstrich muß mindestens alle 5 Jahre erneuert werden.

§ 4. Die Arbeitsräume dürfen nicht in unmittelbarer Verbindung mit den Bedürfnisanstalten stehen.

Die Abfallröhren der Ausgüsse und Klosetts dürfen nicht durch die Arbeitsräume geführt werden.

§ 5. In Arbeitsräumen, in denen die Herstellung von Backwaren erfolgt, muß die Zahl der darin beschäftigten Personen so bemessen sein, daß auf jede wenigstens 15 Kubikmeter Luftstrom entfallen. Zur Befriedigung eines bei Festen oder sonstigen besonderen Gelegenheiten hervortretenden Bedürfnisses ist eine dichtere Belegung der Arbeitsräume gestattet, jedoch mit der Maßgabe, daß wenigstens 10 Kubikmeter Luftstrom auf die Person entfallen müssen.

§ 6. Den Arbeitern muß Gelegenheit gegeben werden, ihre Kleider sauber zu waschen und sich an einem ausreichend erwärmten Orte zu waschen und umzuwechseln.

§ 7. Vor dem Zurecht- und Feigmachen haben die dabei beschäftigten Personen Hände und Arme mit reinem Wasser gründlich zu reinigen.

Zu diesem Zwecke sind ausreichende und mit Seife ausgestattete Wascheinrichtungen zur Verfügung zu stellen; für jeden Arbeiter ist mindestens wöchentlich ein reines Handtuch zu liefern.

Soweit nicht Wascheinrichtungen mit fließendem Wasser vorhanden sind, muß für höchstens je fünf Arbeiter eine Wascheinrichtung eingerichtet werden. Es muß ferner dafür gesorgt werden, daß bei der Wascheinrichtung stets reines Wasser in ausreichender Menge vorhanden ist und daß das gebrauchte Wasser an Ort und Stelle oder von einem Nebenraum abgeleitet werden kann.

§ 8. Die Reihvorräte sind an trockenen, vor Berührung mit geschädigten Orten aufzubewahren.

Das Bearbeiten des Teiges mit den Füßen ist verboten.

Das zum Streichen des Brotes benutzte Wasser muß täglich erneuert werden. Die Backware darf nicht auf dem bloßen Fußboden gelagert werden.

§ 9. Das Sitzen und Liegen auf den zur Herstellung und Lagerung von Backwaren bestimmten Tischen und dergleichen ist untersagt. Die Betriebsunternehmer haben für ausreichende Sitzgelegenheit in den Arbeitsräumen zu sorgen.

§ 10. In den Arbeitsräumen sind täglich zu reinigende Spucknapfe, und zwar in jedem Arbeitsraume mindestens einer, aufzustellen.

Das Ausputzen auf dem Fußboden ist verboten.

Das Rauchen, Schnupfen und Kauen von Tabak ist in den Arbeitsräumen und während der Arbeit verboten.

§ 11. Die Arbeitsräume dürfen zu anderen, mit dem ordnungsmäßigen Betriebe nicht zu vereinbarenden Zwecken, insbesondere als Schlaf-, Schlaf- oder Wohnräume nicht benutzt werden.

§ 12. Die Arbeitsräume sind von Ungeziefer frei sowie dauernd in reinlichem Zustande zu erhalten und täglich mindestens einmal gründlich zu lüften. Die Fußböden der Arbeitsräume müssen täglich, die Wände, soweit sie nicht mit Kaltfrisch sind, vierteljährlich mindestens einmal abgewaschen werden.

Die im Betriebe verwendeten Tische, Geräte, Gefäße, Tücher und dergleichen dürfen nicht zu anderen als zu Betriebszwecken benutzt und müssen in reinlichem Zustande erhalten werden.

§ 13. Die im Betriebe tätigen Personen müssen während der Arbeit mindestens mit einem Hemde und einem Hemde bekleidet sein.

§ 14. Personen mit ansteckenden oder ekelstößenden Krankheiten dürfen nicht beschäftigt werden.

§ 15. In jedem Arbeitsraum, in welchem die Herstellung von Backwaren erfolgt, ist ein Abdruck dieser Verordnung und ein von der Ortspolizeibehörde zur Bestätigung der Richtigkeit seines Inhaltes unterzeichnetem Auszug anzubringen, aus dem ersichtlich ist:

- a) die Länge, Breite und Höhe des Raumes,
b) der Inhalt des Luftstromes in Kubikmetern,
c) die Zahl der Personen, die nach § 5 oder nach § 16 in den Arbeitsräumen regelmäßig beschäftigt werden darf.

§ 16. Der Regierungspräsident (in Berlin der Polizeipräsident) ist befugt, auf Antrag für bestehende Anlagen, solange sie nicht eine wesentliche Erweiterung oder einen Umbau erfahren, Ausnahmen von §§ 2, 4 und 5 zuzulassen, wenn darin die Arbeiter in anderer Weise gegen Gefahren für ihre Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebs gestattet.

§ 17. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 50 M. und im Falle des Unvermögens mit entsprechender Haft bestraft, soweit nicht nach anderen Bestimmungen schwerere Strafen verhängt sind.

Der vorstehend wiedergegebene Erlaß ist eine sehr kleine Abschlagszahlung auf die rastlosen Bemühungen der Arbeiter und der Presse. Als ausreichend im Interesse der Arbeiter und der Konsumenten können wir ihn nicht erachten.

Soziales.

Wie die Handwerkskammer zu Berlin gegen Bäckerarbeiterschutz arbeitet.

Die auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung erlassene Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien gewährt bekanntlich einen — noch durchaus ungenügenden — Schutz. Die vorgeschriebene Maximalarbeitszeit von 12 Stunden ist durch Ausnahmen vielfach durchlöchert. Hinzu tritt eine außerordentlich laze Handhabung der Sauborvorschriften. So zeigt die vom Verband der Bäcker im Jahre 1904 herausgegebene Statistik, daß von 3133 Betrieben in 346 Orten: 860 Betriebe den nicht einmal durch Sonntagsgewerbe unterbrochenen Maximalarbeitszeit überschreiten, und zwar bis zu fünf Stunden täglich. Es ist eine Herabsetzung der Maximalarbeitszeit nötig und durchführbar. Die Abschaffung von Kost und Logis im Hause des Meisters, gesetzliche Vorschriften über die Arbeits- und Schlafräume und andere im hygienischen Interesse der Bäckerfamilien und der Konsumenten liegende Vorschriften sind seit Jahren so offensichtlich notwendig, daß selbst das preussische Ministerium bereits im Jahre 1900 die Abstellung der hinsichtlich der Arbeits- und Schlafräume in den Bäckereien hervorgetretenen Mängel durch einheitliche reichs- oder landesrechtliche Bestimmungen — in Aussicht nahm. Allerdings nur „in Aussicht nahm“ — seit 1900 hört man wieder im Lande der Schweinemäster nichts von gesetzgeberischen Aktionen zugunsten der Arbeiter. (Soeben geht und der an anderer Stelle veröffentlichte Entwurf zu einer Polizeiverordnung zu.) Wohl aber wird erneut von Leuten, die die deutsche Nachhut der Sozialreform wittern, gegen die Verordnung vom 4. März 1896 als zu weit gehend Sturm gelaufen. Es wird dahin petitioniert, den durch jene Verordnung erstrebten wirksamen Arbeiterschutz völlig illusorisch zu machen und durch Umwandlung der Maximalarbeitszeit von zwölf Stunden in eine Minimalarbeitszeit von zehn Stunden noch mehr zu verschlechtern. Eine solche Forderung enthält auch eine von der Handwerkskammer in Berlin im Auftrage des Ausschusses des deutschen Handwerks- und Gewerbetages dem Reichstage eingereichte Petition. Die Petition wiederholt ohne eine Spur von Tatsachenmaterial die seitdem bekannten abgedroschenen Redensarten über den Ruin des Bäckergewerbes durch jene Verordnung usw. Tatsache ist hingegen, wie in einer Eingabe der Bäckerfamilien im Verlage der Maximalarbeitszeit auf 10 Stunden mit Recht betont wird, daß die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 in keiner Weise eine Schädigung des Bäckergewerbes hervorgerufen hat. Das Bäckergewerbe, soweit die Meisterschaft in Frage kommt, steht auch heute noch in voller Blüte. Auch heute, nach zehnjährigem Bestehen der Verordnung, sind keine Fälle beizubringen, daß Bäckereien durch die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit existenzunfähig geworden wären. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache haben auch die Bäckerzünfte von Hamburg, München, Berlin und mehreren anderen Städten teils sogar schon vor mehreren Jahren mit den Vertretern der Gewerkschaft Vereinbarungen getroffen, nach welchen zum Teil sogar eine längere Arbeitszeit als die in der betreffenden Verordnung des Bundesrates vorgeschrieben — vorgezogen ist. Es bestehen zurzeit an etwa 300 Orten Verträge der Gewerkschaft mit der Meisterschaft, wonach die Meisterschaft sich verpflichtet, den zwölfstündigen Maximalarbeitszeit streng einzuhalten.

Unter Verschweigung aller dieser Tatsachen fordert die Petition der Handwerkskammer zu Berlin Verrückung der Verordnung vom 4. März 1896, zum mindesten Verbot der Maximalarbeitszeit durch eine Minimalarbeitszeit!

Aber die Petition der Handwerkskammer zeichnet sich noch durch einen anderen Umstand aus: es ist nämlich in Wahrheit gar keine Petition der Handwerkskammer. Die Petition stellt sich als ein freilich durch Mangel an wirklichen Tatsachen auffallendes Gutachten und als ein ebensolcher Bericht über die Verhältnisse der Gesellen dar. Zur Verwertung und Beschlußfassung über solche Angelegenheiten muß nach der Gewerbeordnung und dem § 10 des Statuts für die Handwerkskammer zu Berlin der Gesellenausschuß eingeladen und mit vollem Stimmrecht zur Teilnahme zugelassen werden. Wer die an den Reichstag gerichtete Petition der Handwerkskammer liest, wird also in den Glauben veretzt, der Gesellenausschuß sei gehört worden. Der Glaube ist jedoch ein irrtümlicher. Tatsächlich ist die Petition ohne Zustimmung der Gesellen nach Schema 1, das wohl einer der reaktionären Empiristen veranlaßt, von einigen Meistern oder Beamten der Handwerkskammer „beschlossen“. In der Vollversammlung der Handwerkskammer zu Berlin vom 19. September dieses Jahres hat der Gesellenausschuß gegen dieses Verfahren folgenden Protest erhoben:

„Der Gesellenausschuß nahm Kenntnis von der Petition der Handwerkskammer vom 15. Januar 1906 an den Reichstag und den Bundesrat auf Aufhebung der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896, den Maximalarbeitszeit im Bäckereigewerbe beziehungsweise dessen Aufhebung durch eine Minimalarbeitszeit. Die Petition charakterisiert sich als eine im Auftrage des Ausschusses der deutschen Handwerks- und Gewerbetages gegebene Gutachten über die bisherige Wirksamkeit genannter Verordnung. Laut § 10 des Statuts der Handwerkskammer muß aber „zu Beratungen und Beschlußfassungen über Gutachten und Berichte, welche die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge betreffen“, der Gesellenausschuß hinzugezogen werden.“

Außer Frage ist aber, daß durch die Verfügung vom 4. März 1896 oder eine Aenderung derselben viele Interessen der Arbeitnehmer einer großen Berufsgruppe berührt werden und müßten statutenmäßig die gesetzlichen Vertreter der Arbeitnehmer in der Handwerkskammer zur Beratung und Beschlußfassung herangezogen werden, was indessen nicht geschehen ist.

Der Gesellenausschuß protestiert auf das nachdrücklichste gegen eine derartige Ausschaltung, welche ihn im Gegensatz zum Statut nur als überflüssiges Dekorationstück erscheinen läßt.“

In dem protokollierten Bericht über diese Vollversammlung fehlt dieser Protest! Dort wird vom Gesellenausschuß nur mitgeteilt, daß er sich konstituiert habe, zu seinem Vorsitzenden den Tapezierer Otto Wels-Berlin, die und die zu Vorsitzenden, Schriftführern und zu Mitgliedern des Beratungsausschusses usw. gewählt habe. Weshalb ist ein so gewichtiger und wichtiger Protest aus dem Protokoll fortgelassen? Der Vorsitzende und Syndikus der Handwerkskammer haben dieser Tage dem Gesellenausschuß folgendes salomonisches Schriftstück gegeben lassen:

„Die in der Sitzung des Gesellenausschusses vom 19. September beschlossene Resolution, betreffend Nichtanhörung des Gesellenausschusses bei dem von der Handwerkskammer dem Ausschusse des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages erstatteten Gutachten in der Frage des Maximalarbeitszeit im Bäckereigewerbe, hat dem Gesamtvorstand in seiner Sitzung vom 12. d. M. vorgelegen. Der Vorstand hat seine Meinung dahin ausgesprochen, daß das in der Resolution erwähnte Gutachten eine private Arbeit der Handwerkskammer für den Ausschuss des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages, eine Vereinigung der Handwerkskammern ohne behördlichen Charakter, ist, und daß solche

Arbeiten nicht unter den § 10 des Kammerstatuts resp. § 103 k der Gewerbeordnung fallen. Die Vorschrift in § 10 des Statuts beziehungsweise 103k der Gewerbeordnung über die Hinzuziehung des Gesellenausschusses bei Erstellung von Gutachten, kann sich nur auf die in § 103a Absatz 1 Ziffer 3 am angeführten Ort erwähnten Gutachten an die Staats- und Gemeindebehörden beziehen, die der Kammer pflichtgemäß obliegen.“

Der Vorstand kann daher den in der Resolution enthaltenen Protest als berechtigt nicht anerkennen.“

An den Reichstag wendet sich die Handwerkskammer als Handwerkskammer und als der Gesellenausschuß dagegen protestiert, daß die Petition ohne seine Zustimmung gefertigt, also keine Petition der Handwerkskammer ist, gibt der Vorstand zu, daß der Gesellenausschuß überhaupt nicht gehört ist, aber meint er: Das Petitionsgutachten war nur „eine private Arbeit der Handwerkskammer“.

Erkläret mir Graf Derindur diesen Zwiepsalt der Natur.

Durch den vorstehend wiedergegebenen Sachverhalt ist klar erwiesen, daß die unter der Firma der Handwerkskammer zu Berlin dem Reichstage übermittelte Petition überhaupt nicht von der Handwerkskammer herrührt, sondern eine private Arbeit einiger Mitglieder und Beamter der Handwerkskammer ist. Öffentlich wird dieser Art von Petitionsmacherei im Reichstage die Behandlung zu teil, die solchen gebührt, die unter solcher Flagge segeln und hinter einer Korporation Deckung suchen, die ordnungsmäßig einberufen keineswegs eine Beseitigung der Maximalarbeitszeit, sondern eine Herabsetzung der Maximalarbeitszeit gefordert hätte.

Aus Industrie und Handel.

Schweinepreise und Fleischverbrauch.

Die seit etwa zwei Wochen zu beobachtenden Preisabfälle am Schweinefleisch sind für die Gestaltung des Fleischverbrauchs noch fast bedeutungslos. Einmal steigen nämlich im Gegensatz zu den Schweinepreisen die Preise am Rindfleisch, Kalber- und Hammelfleisch fast unablässig weiter, sodann ist der Auftrieb immer noch nicht auf der Höhe früherer Jahre. Was den ersten Umstand betrifft, so spielt zwar Schweinefleisch in der Ernährung des deutschen Volkes eine sehr wichtige, aber keineswegs eine ausschlaggebende Rolle. Das ergibt deutlich aus einem Blick auf den Gesamtfleischverbrauch in einem Jahre. Auf Schweinefleisch entfallen in einem Jahre pro Kopf der Bevölkerung 18,6 Kilogramm, auf Rind- und Kalbfleisch dagegen 20,5 Kilogramm. 1 bis 2 Kilogramm des Konjums werden durch Hammel- und Ziegenfleisch repräsentiert. Wie groß die Differenz zwischen Rind- und Schweinefleischpreisen zurzeit tatsächlich ist, geht aus den Notierungen an den Märkten einiger großer Städte hervor. Mitte Oktober kosteten nämlich 1 Kilogramm . . . Markt in

Table with 2 columns: City (Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart, München) and Price (Rindfleisch, Schweinefleisch).

Diese Spannung beweist wohl zur Genüge, daß die Preisbewegung am Rindfleischmarkt gegenwärtig für die Allgemeinheit ein ebenso großes Interesse hat wie die Bewegung der Schweinepreise.

In Berlin und München, den wichtigsten Viehmärkten Deutschlands, stellten sich die Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Markt wie folgt:

Table with 4 columns: City (Berlin, München) and Price (1905, 1906) for various types of meat (Kälber und Bullen, Kalber, Käse, Schweine).

Nur bei Schweinen ist ein Rückgang zu bemerken, obgleich sie immer noch teurer sind als 1904 und in früheren Jahren. Der andere Umstand, der eine Einwirkung der gegenwärtigen Verbilligung auf den Fleischverbrauch als nicht wahrscheinlich erscheinen läßt, ist der, daß der Auftrieb noch immer nicht auf der Höhe früherer normaler Jahre ist. Nicht man den Herbst 1903, der letzte Herbst, ehe die Veränderungen am Viehmarkt vor sich gingen, zum Vergleich heran, so ergibt sich, daß der Auftrieb in dem Oktober dieses Jahres merklich hinter dem in der Vergleichszeit 1903 zurückblieb. Ob demnach die Preise infolge vorübergehender Schwankungen der Antriebsziffern einmal eine Abschwächung erfahren, läßt noch keinen Schluß auf eine Verringerung der Leistung zu: so lange die Antriebsziffern noch unter dem normalen Niveau bleiben, ist auch keine durchgreifende Besserung zu erwarten.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Nach der „Statistischen Korrespondenz“ hat sich die Zahl der G. m. b. H. von Ende 1904 bis Ende 1905 von 5548 auf 6481 erhöht, das Stammkapital wuchs von 1 458 820 521 M. auf 1 614 908 321 M. Der verminderte Zahl der Gesellschaften steht eine Verminderung des Durchschnittskapitals von 262 855 auf 249 176 M. gegenüber.

Löhne und Mietssteigerungen. In der Notiz in Nr. 236 des „Vorwärts“ unter vorstehender Überschrift geht uns von der Verwaltung der Offener Steinlofenwerke — „Zeche „Herkules“ — folgende Verächtigung zu:

„Es ist nicht richtig, daß der Mietpreis in den zur Zeche „Herkules“ gehörigen Werkswohnungen für eine zweiräumige Wohnung von 1894 bis 1905 um 20 Proz. in die Höhe gegangen, eine dreiräumige Wohnung von 1896 bis 1905 um 50 Proz. im Preise gestiegen ist und daß für drei Dachräume die Steigerung seit 1892 23,57 Proz. betrug, endlich, daß sich die Steigerung für sämtliche Nachweisungen im Durchschnitt auf 29,09 Proz. belief. Dagegen ist richtig, daß die Zeche „Herkules“ überhaupt erst seit dem Jahre 1905 Arbeiterwohnungen besitzt und seit diesem Zeitpunkt eine Mietssteigerung überhaupt nicht stattgefunden hat.“

Wir haben die in Betracht kommenden Angaben, wie in der Notiz angegeben ist, der Zeitschrift „Glanz“ entnommen. Den Zahlen stellt der Verfasser des betreffenden Artikels, Dr. Jüngst, folgenden Satz voraus:

„Zunächst ermöglicht die nachfolgende Zusammenstellung, welche mir die Verwaltung der Zeche „Herkules“ freundlichst zur Verfügung gestellt hat, ein Urteil.“

Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Berlin. Der Aufsichtsrat beschloß, die Verteilung einer Dividende von 11 Proz. in Vorschlag zu bringen. Die Umsätze in den ersten 8 Monaten des laufenden Geschäftsjahres zuzüglich der vorliegenden Aufträge belaufen sich auf 188 Millionen gegen 120 Millionen Markt im Vorjahre.

Dividenden. Die Maschinenbauanstalt „Humboldt“ in Stettin verteilt für das letzte Jahr 7 1/2 Proz. auf das von 6 auf 10 1/2 Millionen Markt erhöhte Aktienkapital. Die vorjährige Dividende betrug 6 Proz. — 8 Proz. schüttet die Maschinenfabrik vorm. Klein, Schanzlin und Weder in Frankfurt am Main. — Die Aktionäre der Aktiengesellschaft für Schiffsbau und Maschinenbau in Freiburg i. Schlef. erhalten 7 Proz. im Vorjahre 5,3 Proz. — Der Aufsichtsrat der Brauerei Hülsebeck bringt 4 Proz. in Vorschlag. — Für die Papierfabrik der Brauerei Germania sollen 6 Proz. abgesetzt werden.

Die größten Betriebe im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau. Bei der letzten Gewerbezahlung im Jahre 1896 gab es im Oberbergamtsbezirk Dortmund erst drei Betriebe des Steinkohlenbergbaus mit mehr als 5000 Arbeitern. 1901 waren es schon neun und im vorigen Jahre zählte man elf. Diese elf Großunternehmungen, nach ihrer Arbeiterzahl im Jahre 1905 geordnet, sind folgende:

Name	Arbeiterzahl	1895	1901	1903
Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft	15 448	21 111	24 982	
Sachsenröder Bergwerks-Gesellschaft	13 609	21 617	24 615	
Sibernia Bergwerks-Gesellschaft	8 361	13 721	16 804	
Gutehoffnungshütte, Aktienverein	4 090	5 333	9 485	
Nordstern, Aktiengesellschaft	4 393	8 006	8 376	
Deutscher Kaiser, Gewerkschaft	1 901	5 064	7 703	
Deutscher-Lugener-Bergwerks- u. Hütten-Aktiengesellschaft	2 980	3 706	7 651	
Rheinpreußen, Gewerkschaft	1 545	3 247	6 240	
Hollverein, Gewerkschaft	2 616	5 855	5 851	
Konfolidation, Bergwerks-Aktienges.	3 505	5 511	5 429	
Stenbergsche Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb	3 891	5 265	5 821	
Zusammen	71 724	97 936	122 537	

Die elf Unternehmungen beschäftigten im Jahre 1905 rund 51 000 Arbeiter mehr als im Jahre 1895. In der Periode 1895 bis 1901 ist die Ausdehnung der elf Betriebe im allgemeinen etwas größer gewesen als in der zweiten, allerdings um ein Jahr kürzeren Periode.

Natürlich gehören zu einer Gesellschaft eine Reihe von Zechen, deren im Jahre 1905 im Oberbergamtsbezirk Dortmund 198 in Betrieb waren. Unter diesen sind nun wieder einige Nennungen mit über 8000 Mann Belegschaft. Die Werke mit der größten Belegschaft und der größten Förderleistung sind die folgenden:

Förderung in Tonnen	Arbeiterzahl
Oberhausen . . . . .	2 125 435
Deutscher Kaiser . . . . .	1 950 778
Hollverein . . . . .	1 713 313
Ber. Rhein-Elbe und Alma . . . . .	1 541 150
Keumühl . . . . .	1 458 941
Consolidation . . . . .	1 369 043
Erwald . . . . .	1 140 953
Concordia . . . . .	1 139 496
Ber. Constantin der Große . . . . .	1 081 853
Wito . . . . .	1 015 643

Die Harpener Gesellschaft ist der größte Bergbauunternehmer der Welt, sie verfügt über 21 Zechen mit 41 Schachtanlagen, ferner ist sie an 4 Schiffahrtsgesellschaften beteiligt. Der Schiffahrtsbetrieb brachte der Gesellschaft im letzten Jahre 5 Proz. des insgesamt 23 Millionen Mark betragenden Bruttogewinnes.

Das Kohlenyndikat in Hamburg. Unter Beteiligung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikates hat sich in Hamburg ein Westfälisches Kohlenyndikat gebildet. Das Stammkapital beträgt 1 Million Mark.

## Aus der Frauenbewegung.

Die rechtliche Stellung unehelicher Kinder und ihrer Mütter in Dänemark soll durch einen Gesetzentwurf verbessert werden, den der Justizminister Albert dem dänischen Reichstag vorgelegt hat. Gegenwärtig ist es in dieser Hinsicht sehr schlecht bestellt in Dänemark. Die Alimentationspflicht des Vaters eines unehelichen Kindes geht nur soweit, daß dem Kinde ein notdürftiger Unterhalt gewährt wird und daß man die Ausgaben dafür dem Vater und der Mutter, soweit es möglich ist, zu gleichen Teilen auferlegt. Der vorliegende Gesetzentwurf stellt dagegen den Grundtatbestand auf, daß die Versorgung des Kindes den Lebensverhältnissen der Mutter entsprechen muß, aber die gewöhnlichen guten Durchschnittsbedingungen nicht zu übersteigen braucht, und die Versorgungspflicht wird dem Vater und der Mutter je nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auferlegt. Ist das Kind jedoch einem Verbrechen gegen die Geschlechtsfreiheit der Mutter entsprossen, so liegt die Versorgungspflicht dem Vater allein ob. Die bestehende Gesetzesbestimmung, daß der Vater mindestens die Hälfte der Wochenbeiträge tragen soll, wird dahin abgeändert, daß beide Eltern ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend dazu verpflichtet werden. Ferner wird die Bestimmung vorgeschlagen, daß der Vater vor und nach dem Wochenbeiträge während der Zeit, wo die Mutter arbeitsunfähig oder so lange ihre Arbeitsfähigkeit beschränkt ist, zu ihrer Versorgung beitragen muß. Eine wichtige Neuerung enthält der Entwurf über das Erbrecht unehelicher Kinder ihrem Vater gegenüber. Sie sollen mit den ehelichen gleichgestellt werden, falls nachgewiesen, oder von der Mutter beschworen wird, daß sie während der Empfängniszeit mit keinem anderen Manne Umgang gepflogen hat; Voraussetzung für eine solche Eidleistung ist, daß sie nicht durch hederlichen Lebenswandel das Vertrauen zu ihrer Aussage erschüttert hat. Außerdem sieht der Entwurf Verschärfungen der Strafbestimmungen gegen Väter vor, die sich ihrer Versorgungspflicht unehelichen Kindern gegenüber zu entziehen suchen. Auch werden die Väter verpflichtet, jeden Wohnungswechsel der Behörde anzuzeigen und, falls sie außer Landes ziehen wollen, Sicherheit für die ihnen obliegenden Alimente zu bieten.

Der Entwurf ist aus Vorschlägen hervorgegangen, die der Dänische Frauenverband der Regierung gemacht hatte. Sie enthielten noch schärfere Bestimmungen, unter anderen die, daß die Mütter unehelicher Kinder, soweit es ihnen möglich ist, bei Strafe verpflichtet werden sollten, den Namen des Vaters zu nennen. Diese Bestimmung ist jedoch vom Justizminister verworfen worden. Aus der Begründung der Vorschläge ist hervorzuheben, daß in Kopenhagen von den außerehelich geborenen Kindern 22 Prozent im Säuglingsalter sterben, von den ehelich geborenen nur 10 bis 11 Prozent.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg. Montag, 12. November, bei Obst. Martin Lutherstr. 51: Vortrag Dr. Röder: „Die Erziehung der Kinder in der Volksschule“.

## Versammlungen.

Über den Tarif und Organisationsvertrag der Buchdrucker debattierte am Donnerstag eine Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission. — Referent war Raffini. Er bezeichnete den Tarif und Organisationsvertrag als eine Schöpfung auf dem Gebiete der modernen Arbeiterbewegung, die ja zunächst, wie alles Neue, angefochten wurde und sich erst nach und nach Anerkennung in den Kreisen der Arbeiter verschaffen werde. Ehe man mit der Kritik in der Parteipresse begann, hätte man den Buchdruckerverband über das neue Werk hören lassen. Statt dessen sei ohne jede Sachkenntnis über Dinge geredet worden, die nur Sachleute beurteilen können. Das sei Schuld der Buchdruckerkollegen, die in den Redaktionen der Parteipresse tätig sind. Der Redner ging nun auf den Tarif selbst ein sowie auf die Kritik, welchen derselbe in der Parteipresse erfahren hat. Unter anderem führte er aus, im Buchdruckerberuf herrsche der Kleinbetrieb vor, deshalb sei es schwierig, einen Tarif zu schaffen, der alle Wünsche befriedige. Immerhin bringe der neue Tarif eine Reihe von Verbesserungen und Fortschritten. Alles soziale Elend könne man natürlich nicht durch den Tarif beseitigen, man könne nur das Elend erleichtern und das sei nach Möglichkeit geschehen. Wenn es sich nur um einen lokalen Tarif handelte, dann hätte man mehr erreichen können. Aber das sei ja gerade der Vorzug des Buchdrucker-tarifs, daß er für ganz Deutschland gilt und in allen Orten eine Lohnerhöhung von 10 Prozent bringt. Nach einem solchen in Leipzig gefassten Beschluß der Prinzipale erhalten auch die über dem Minimum Entlohnungen bis zur Lohnhöhe von 40 Mark die Zulage. Die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit habe man nicht durchsetzen können, denn beim Festhalten an dieser Forderung tödte der ganze Tarif gescheitert. Die Verhältnisse gestatteten die Verkürzung der Arbeitszeit nicht, denn wenn die Buchdrucker eine kurze Arbeitszeit bekommen, müssen sie auch die Hilfsarbeiter und sonstige in den Druckereien Beschäftigten erhalten. Würde es wegen der Arbeitszeit zum Kampfe kommen, dann müßten ja

die Buchdrucker für die anderen Arbeiter mitkämpfen. Die Frage der Arbeitszeit könne nur in Gemeinschaft mit allen gewerblichen Arbeitern geregelt werden. Von den 9000 in Berlin beschäftigten Buchdruckern haben 4700 die 8 1/2stündige, 700 die 8stündige und 400 eine noch kürzere Arbeitszeit. Das sei die Folge der Tätigkeit des Verbandes. Nach wenigen Monaten würde vielleicht in ganz Berlin die 8 1/2stündige Arbeitszeit durchgesetzt werden. Das sei doch sehr günstig, wenn man bedenke, daß in vielen Fabriken noch eine 11—12stündige Arbeitszeit herrsche. — Der Organisationsvertrag sei besonders scharf kritisiert worden. Ganz mit Unrecht, denn auch dieser Vertrag bedeute einen Fortschritt. Man habe gesagt, der Gegenvertrag, die Prinzipalorganisation, sei zu schwach und wolle mit Hilfe des Buchdruckerverbandes gestärkt werden. Das treffe auch nicht zu. Von 6022 Tariffirmen, die 51 000 Gehälften beschäftigen, gehören 3000 mit 42 000 Gehälften der Organisation an. Diese sei also ein ganz annehmbarer Kontrakt. Die Befürchtung, daß Verbändemitglieder nach diesem Vertrage nicht mehr in Parteidruckereien arbeiten dürften, sei hin-fällig, denn die Prinzipale würden gar kein Verlangen haben, die Parteigeschäfte in ihrer Organisation zu sehen, da ja die Parteidruckereien keine Konkurrenzgeschäfte der Privatunternehmer seien, auch würden die Prinzipale aus politischen Gründen nicht die Mitgliedschaft der Parteigeschäfte verlangen. Lediglich sei gar nicht einzusehen, warum die Leiter der Parteidruckereien nicht in die Prinzipalorganisationen eintreten sollen, um dort die Interessen der Gehälften zu vertreten. Daran sei gar nicht zu denken, daß Kollegen ausgeschlossen werden, weil sie in Parteigeschäften arbeiten. Der Redner besprach noch die übrigen Bestimmungen des Organisationsvertrages und schloß seine einundneunzigstündige Rede mit der Bemerkung, er müsse sich jeden Eingriff in die Organisationsverhältnisse der Buchdrucker seitens der Parteipresse verbitten; er wende sich aber auch gegen die Stellungnahme der sozialpolitischen Richtung des Dr. Freund. Was wir beifolles haben, führen wir durch, wir brauchen dazu keine andere Hilfe.

Bucha (Buchdruckerhelfer) führte aus: Die Hilfsarbeiter, als nächstbeteiligte Arbeiterschaft, seien mit dem Buchdrucker-tarif nicht zufrieden, weil Arbeiten, die bisher den Hilfsarbeitern zufließen, nunmehr den Maschinenmeistern überwiegen sind. Man hätte erwarten können, daß der Buchdruckerverband mehr Rücksicht auf die Hilfsarbeiter genommen hätte. Der neue Tarif habe eine Reihe von Differenzpunkten zwischen den Buchdruckern und den Hilfsarbeitern gebracht. Wenn diese Differenzen nicht durch Vereinbarung zwischen beiden Organisationen beseitigt werden können, dann würden sich die Hilfsarbeiter an die allgemeine Arbeiterschaft wenden.

Döllin erwiderte dem Redner, hier sei nicht der Ort, um technische Fragen zum Ausdruck zu bringen. Dann wendete er sich gegen Ausführungen der Parteipresse und meinte, dieselbe habe ohne Kenntnis der Verhältnisse den Tarif beurteilt. Trotz der Klagengegenstände gebe es doch gewisse Berührungspunkte zwischen Unternehmern und Arbeitern, auf dieser Erkenntnis sei der Tarif aufgebaut. Der „Vorwärts“ habe die Unternehmern als Kapitalproben hingestellt, die keine Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter nehmen. Der Tarif habe aber die Tendenz, menschliche Verhältnisse zu schaffen und zu verhindern, daß die Arbeiter rücksichtslos behandelt werden. Es sei zu bedauern, daß die Parteipresse in der Art, wie es geschehen, Stellung gegen den Buchdrucker-tarif genommen habe. Die Lehren von 1896 seien völlig verloren gegangen. Man komme mit alternativen Redensarten und suche einen Spießspalt in eine feste Organisation zu bringen. (Unruhe.) Wir wollen jetzt hören, wie sich die Berliner Gewerkschaften zu diesem Verhalten der Parteipresse stellen. Und hier daran, aufstehend zu wirken. Haben Sie vielleicht im „Vorwärts“ Aufklärung über unsere Verhältnisse gefunden? Kaustky und Hofa Luxemburg vertreten den Standpunkt, wir hätten uns als kampfunfähig erwiesen. (Sehr richtig!) Ja, das möchten sie; aber es ist nicht so. Wir können den Kampf leichter führen wie manche andere Organisation; aber wir mühen uns und fragen, ob wir durch einen Kampf mehr hätten erreichen können. Das ist aber nicht der Fall. Der Redner bezieht sich auf Mitteilungen des „Vorwärts“ über den Raumbreiter-Dasnarbeiterstreik und die Lohnbewegung der Bergleute und meint, in diesen Fällen habe der „Vorwärts“ anerkannt, was er bei den Buchdruckern verurteilt. Anderen Organisationen wird ein Loblied gesungen, wenn sie im Zusammenarbeiten mit den Unternehmern die Lage der Arbeiter verbessern wollen, aber bei und ist das Verrat. Solche Haltung der Parteipresse ist verwirrend. Andere Organisationen würden sich solche Quaxtreiberien, wie sie uns gegenüber gemacht werden, auch nicht gefallen lassen. Es wird gar nicht lange dauern und das, was wir geschaffen haben, wird von einem Gewerkschaftslongrenge anerkannt werden.

Krebs (Stoffateur) bemerkte, er siehe auf dem von Kaustky vertretenen Standpunkt, die Ausführungen von Raffini und Döllin hätten ihn darin bestärkt. Wenn Raffini sagte, die Arbeitszeit konnte nicht verkürzt werden, weil die Buchdrucker nicht für die Hilfsarbeiter eintreten wollen, so sei das nicht zu billigen. Als gute Organisation hätten die Buchdrucker den Kampf aufnehmen müssen im Interesse der Hilfsarbeiter. Im Baugewerbe sei dafür gesorgt, daß jede Arbeitzeiverkürzung der Maurer auch den Hilfsarbeitern und anderen Subkontranten zugute komme. Raffini habe es als einen Erfolg gerühmt, daß der Verband bei der Einstellung von Lehrlingen mitreden dürfe. Das sei ein rüchständiger Standpunkt. Das Lehrlingswesen sei eine überlebte Einrichtung. Die Dinge würden auch trotz des Tarifvertrages dem Verbande über den Kopf wachsen. Der Redner kritisierte die Hoffpflicht, welche im Organisationsvertrag ausgesprochen ist. Die Buchdrucker verbitten es sich, daß andere in ihre Angelegenheiten hineinreden. Wenn es aber so liegt, daß der Vorteil einer Organisation ein Nachteil für andere Arbeiterschichten bedeutet, dann sei der Eingriff der Allgemeinheit berechtigt. Die Vorgänge bei den Buchdruckern lassen die Frage berechtigt erscheinen, ob große Industrieverbände und nationale Tarife ein Vorteil für die Arbeiter seien. — In Zukunft würde wohl keine Generalversammlung des Buchdruckerverbandes wieder so kurzfristig sein, den Vertretern des Verbandes die bedingungslose Vollmacht zum Abschluß bindender Abmachungen zu erteilen. Das sei kein berechtigter Standpunkt, wenn die Leiter des Verbandes sagen, was abgeschlossen ist, das gilt. Die Macht der Führer müsse gewisse Grenzen haben, an dieser Grenze sei der Buchdruckerverband angelangt.

Buchfi führte aus, den Buchdruckern, die in den Parteidruckereien tätig sind, dürfe man doch nicht die Arbeitsfähigkeit über Buchdruckerfragen und das Recht der Kritik absprechen. In der Polemik mache sich allerdings auf beiden Seiten ein Ton geltend, der nicht schön sei. Besonders der „Korrespondent“ habe manchmal Hies ausgehört, von dem jeder Freund der Arbeiterbewegung wünschen müsse, er wäre nicht geführt worden. Der erste Artikel des „Vorwärts“ sei eine durchaus sachliche Kritik gewesen, die keinen Anlaß zu heftigen Angriffen gegeben habe. Der Tarif sei ja auch bei den Buchdruckern selbst auf Widerstand gestoßen. Man werde doch nicht behaupten wollen, daß die große Versammlung der Berliner Buchdrucker unter dem Einfluß des „Vorwärts“ gegangen habe. Lediglich wenn die Verbandeleitung mit der Befamntgabe des neuen Tarifs nicht so lange zurückgehalten hätte, dann wäre manches schlechte Urteil vermieden worden.

Krebs führte aus, die Dofung sei die notwendige Konsequenz der Tarifverträge. Was in dieser Hinsicht die Buchdrucker abgeschlossen haben, das sei als ein Vorläufer der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu betrachten. In der nächsten Session des Reichstages werde ja eine Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine eingebracht werden. Aus den Beziehungen, welche die Unternehmer des Buchdruckerberufes haben, könne man schließen, daß diese Vorlage den Charakter des Organisationsvertrages der Buchdrucker tragen werde. Der Redner verteidigt die Darftpflichtbestimmungen dieses Vertrages, indem er ausführt, sie seien entschieden ein Vorteil für die Arbeiter gegenüber dem, was ihnen auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches an Paritätelohn auferlegt werden könne. — Wenn der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine kommt, dann würden die Gewerkschaften zu prüfen haben, ob sie diesen Weg gehen können. — Mit dem Buchdrucker-tarif sei es wie mit aller Neueinführung, erst sträube man sich gegen den neuen Gedanken, dann nehme man ihn an. Auch die Frage der paritätischen

Arbeitsnachweise sei anfangs auf heftigen Widerstand in den Gewerkschaften gestoßen, heut dagegen seien alle Gewerkschaften dafür.

Frau Thiede (Buchdruckerhelfer) kritisierte die Tarifabmachungen mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Hilfsarbeiter. Die Unternehmer haben es sehr fein herausgefunden, daß sie nur der einen Arbeitergruppe etwas bewilligen brauchen, während sie gegen die andere Gruppe gehen wird, und der Unternehmer ist dabei der lachende Dritte. Der neue Tarif habe schon seinen Schatten in die Reihen der Hilfsarbeiter geworfen. Wenn seinen Schatten in einer Verhandlung komme, dann würden die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sich mit allen Einzelheiten dieser Angelegenheit an die Arbeiterschaft wenden. Wo die Hilfsarbeiter nicht kurz genug seien, da sei der Tarif auch für die Buchdrucker ein Defekt. Die Agitation unter den Hilfsarbeitern werde den Buchdruckern ja nicht gerade verboten, aber man sehe es gern, wenn sie unterbleibe. Die Hilfsarbeiter hätten aus eigener Kraft erreicht, daß die Löhne von 12 und 15 M. auf 24 bis 30 M. gestiegen seien. Diese Löhne erscheinen jetzt auch den Buchdruckern begehrlieh, weil sie nicht mehr weit vom Minimum entfernt seien. Deshalb die Bestimmungen im neuen Tarif, wonach den Buchdruckern eine Reihe von Arbeiten der Hilfsarbeiter zugewiesen werden. Die eine Reihe von Arbeiten der Hilfsarbeiter zugewiesen werden. Die heutige Höhe gebracht haben, den Buchdruckern zugute kommen. Wulf (Maurer) bezeichnete sich als Tariffreund, er sei aber dagegen, daß die Hilfsarbeiter an die Hand gedrückt werden. Weiter wendete sich der Redner gegen die Ausführungen von Döllin und Raffini.

Krebs will wissen, ob es wahr ist, daß bei den Tarifverhandlungen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auch der Grund maßgebend gewesen sei, daß die vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichten würden, wenn die Arbeitszeit verkürzt werde. Das würde ein sehr rüchständiger Standpunkt sein.

Raffini bemerkte im Schlußwort, dies Argument habe bei den Verhandlungen keine Rolle gespielt. Von keiner Seite sei das vorgebracht worden. (Ruf: Aber es stand doch im Korrespondent.) Was der Redakteur schreibt, dafür sind wir nicht verantwortlich. Inwiefern wird alle Tage geschrieben. — Des weiteren ging der Redner auf Ausführungen ein, die in der Diskussion ge-macht wurden. Die Hilfsarbeiterfrage gehöre nicht hierher. Die Hilfsarbeiter wollten die Gewerkschaften anrufen gegen etwas, was als Arbeit zu machen, die ihnen der Tarif zuweist. In dieser Angelegenheit werde eine Berufung erzucht werden. Die Buchdrucker betrachteten sich nicht etwa als Gegner der Hilfsarbeiter. Die Organisation der letzteren verdanke doch ihre Entstehung den Buchdruckern, die es für notwendig hielten, daß eine Organisation der Hilfsarbeiter geschaffen werde. Der Redner schloß mit dem Wunsch, es möge in der Polemik über den Tarif ein ruhiger Ton Platz greifen.

Freireichliche Gemeinde. Sonntag, den 11. November, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathhaus (Eingang Südenstraße), Saal 109: Versammlung. Freireichliche Versammlung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schulaula, Kleine Rosenstraße 6: Vortrag von Dr. J. d. A. Mann über: „Etelien-abel“. — Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, Seebastianstr. 39: Beschlüssende Versammlung für Mitglieder mit weicher Laitslung. Sehr wichtige Tagesordnung. Verein ehemaliger Güterhüter und Bucher zur Bekämpfung der Tuberkulose. 8 1/2 Uhr, im Rathhaus, Saal Südenstr. 18 m. Sozialdemokratischer Disziplinär Verein. — Sonntag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rathhaus, Saal Südenstr. 18 m. Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung Charlottenburg. Sonntag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rathhaus, Saal Südenstr. 3: Versammlung.

### Eingegangene Druckschriften.

Dr. H. Thomsen. Das deutsche Strafrecht. 207 Seiten. Preis 4 M. Verlag Struppe u. Winkler. Berlin, Potsdamerstr. 108. Jena und Ansbach. Eine langjährige Geschichte der unglücklichen Ereignisse des Jahres 1806, welche Friedrich Wilhelm III. nahezu der Hälfte seines Königreichs beraubten. Mit Illustr. und 2 Karten. Von Gustav Höder. Preis geb. 1 50 M. Der Kampf und Wählrecht in Schleswig-Holstein und der Städte-tag in Rönne. 82 Seiten. Herausgegeben von der Agitationskommission für Schleswig-Holstein. Druck: Ernst Haack u. Co. Altd. W. J. Kahlen. Das Aufsteigen der arbeitenden Massen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert. 192 Seiten. Preis geb. 1 50 M. Verlag O. Langhans Buchhandlung in Leipzig. Dr. C. Mayer. Schiffsverkehrsstatistik. 59 Seiten. Preis 1 M. Verlag J. C. B. Mohr (P. Siebeck) in Leipzig. Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. I. Band 592 Seiten. II. Band 496 Seiten. Viertes Jahrgang 1906. Herausgegeben vom Sekretär Heinrich Kaufmann. Preis beider Bände, elegant gebunden, 8 M. Verlag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, H. Kaufmann in Hamburg. Hainke. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen. (Herausgeber: Georg Bernhardt.) 45 Heft des III. Jahrganges. Abonnement einschließlich der Post-Portofreiheit vierteljährlich per Post und Buchhandel 2 50 M., direkt vom Verlag 4 M. — Verlag: Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht des städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68—73 pr. 100 Pfd., Ia 62—67, IIIa 56—61, IVa 50—55, Kalbfleisch, Doppelfleisch 105—113, Ia 88—93, IIa 76—82, IIIa 62—74, I. Hof 54—60, Hammelfleisch Ia 72—80, IIa 56—69, Schweinefleisch 60—68, Hammel Ia pr. Pfd. 0 50—0 55, IIa 0 40—0 48, Rotwild Ia 0 35—0 43, IIa 0 25—0 33, Danmisch 0 30—0 35, Wildschweine 0 30—0 45, Ferkel 0 74—0 75, Hühner pr. Stüd 3—3 40, klein 1 50—2 00, Kanarienvogel pr. Stüd 0 50—0 90, Wiedervogel pr. Stüd 0 00, Amdenken 0 00, Rebhühner, junge Ia 1 00—1 20, junge IIa 0 00, alte 0 70—0 80, junge keine 0 00, Dohner, alte pr. Stüd 1 20—2 25, alte IIa 0 70—1 40, junge pr. Stüd 0 45—1 20, Tauben pr. Stüd 0 30—0 45, I. Hof 0 65—0 70, Enten, junge pr. Stüd 1 40—2 00, Hamburger, I. Hof 0 65—0 70, Gänse, Oberbrüder, pr. Pfd. 0 48—0 52, do. Ia pr. Stüd 3 00—3 70, IIa 1 00—2 50, Geste pr. 100 Pfd. 69—80, groß 53 00, kleiner 24—25, Schlei mittel 0 90, groß 0 00, keine 0 00, Bleie, kleine 24—25, Kafe, groß 0 00, mittel 0 88, klein 0 00, unfr. 0 00, Bienen 42 bis 53, Karpfen, unfrucht. 0 00, do. Frischling 0 00, do. 40—50er 68 bis 71, do. 100er Schleiße 0 00, Barje 0 00, Rarrschinken 0 00, Weißhige 0 00, Wels 0 64, Sumit Hige 31—47, Amerik. Wachs Ia neuer pr. 100 Pfd. 110—120, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 20—25, Sperrlein, Kiefer, Saal 0 75—1 20, Danziger, Saal 0 60—0 70, Flumbern, pommerische Ia, pr. Schoß 3—6, do. pommerische IIa 2—4, Kiefer, Saal Ia 4—6, do. mittel pr. Riste 2—3, Hamb. Saal 4—5, halbe Riste 1 50—2, Schädinge, pr. Saal 3 50—5 00, Straalander 4 00—5 00, Kafe, groß pr. Pfd. 1 10—1 20, mittelgroß 0 80—1 00, klein 0 50—0 60, Heringe pr. Schoß 4—5, Schellfische Riste 4—5, do. Riste 2—3, Kaktien, pr. 100 Pfd. 20—25, Sellbut 0 00, Erdbeeren 1900er pr. Anker 95, 1904er 95, 1905er 93, 1906er 70, Schottische Vöherlinge pr. Anker 0 00, large 40—44, fall 35—38, mod. 35—42, deutsche 37—44, Deringe, neue Rastee, pr. 7/8, 30, 60—120, Sardinien, russ. Hage 1 50—1 50, Brutterlinge, Hage (4 Liter) 1 50—1 75, Reunagen, Schellfisch 11, keine 5—6, Hieseln 14, Hummern, keine, pr. Wd. 0 00, Krefte, pr. Schoß, große 0 00, mittel 0 00, kleine 0 00, unfrucht. 0 00, Qualzer, groß 0 00, mittel 0 00, Str. Land, pr. Schoß 4 00—4 60, Butter pr. 100 Pfd. Ia 1 27—1 30, IIa 1 20—1 25, IIIa 1 10—1 15, abfallende 95—105, Saure Gurken Schoß 3 50—4 00, Westergurken 3 50—4 00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. 0 00, magnum bonum 1 90—2 10, Dabersche 1 20—2 10, Welen 0 00, weiße 1 60—1 80, Solatartoffeln 4 00—5 00, Spinat pr. 100 Pfd. 5 00—8 00, Karotten pr. Schoßband 2—2 50, Sellerie, hiesige, pr. Schoß 3 00—4 00, do. pommerische 2 00—4 00, Zwiebeln groß, pr. 100 Pfd. 3 00—3 50, do. keine 2 00—2 50, do. hiesige (Berl.) 0 00, Garfionen 50—60, Petrarille, grün, Schoßband 1 25, Kohlrabi pr. Schoß 0 50—0 90, Rette, hiesig, pr. Schoß 2 40—4 50, Radieschen pr. Schoß 0 50—0 80, Salat, pr. Schoß 1 00—2 00, Bohnen, grüne, pr. 100 Pfd. 0 00, Wachsbohnen 0 00, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 0 00, Mohrrüben pr. 100 Pfd. 2—2 50, Teltomer Rüben pr. 100 Pfd. 10—12, Weiße Rüben, große 2—4, keine 7—7, Blumenkohl pr. Ristel 1 00—2 50, do. Früher, Kopf 0 18—0 20, Birnfischl pr. Schoß 3 00—5 00, Kartoffel do. Schoß 2 00—3 00, Weißkohl 100 Pfd. 2 00—3 00, Rosenkohl pr. 100 Pfd. 15—20, Grünkohl pr. 100 Pfd. 3—5, Steinpilze pr. 100 Pfd. 0 00, Kohlrüben Schoß 2 50—3 00, Kürbis 3—4 00, Birnen, pr. 100 Pfd. hiesige 5—20, böhmische 6—25, Äpfel, pr. 100 Pfd., hiesige 4—25, oranzensteiner 9—20, Äpfel in Säcken 17—20, Riste 32—30, Amerik. 17—30, Weißherren, Schellfische 0 00, Gedrigs 34—38, Danmisch pr. 100 Pfd. 16—20, keine 0 00, Parantische 60—70, Galatinsche Länge 44—45, runde 30—33, Krummen, pr. 100 Pfd., hiesige 4—6, böhmische 5—7, do. große 0 00, Krummen, Raffina 2 00, Saal 12 00—15 00, 360 Stück 5 00—15 00, 300 Stück 10—14, 420 Stück, keine 5—8, 500 Stück, kein 5—8.



# Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsberger Strasse • Frankfurter Allee 109-110 • Ecke Königsberger Strasse

Grösstes Kaufhaus des Ostens für sämtl. Manufakturwaren!

Unerreichte Auswahl!

Grösste Preiswürdigkeit!

## Gratis-Photographie-Bons

Sonnabend, Montag,  
Dienstag

### Trikotagen, Strumpf- und Wollwaren

Normalhemden Merino	3 Grössen	175	150	185	Damenstrümpfe Wolle platt., gestrickt, deutsch lang, schwarz	50 Pf.	38 Pf.									
Normalhemden Halbwolle	3 Grössen	350	325	300	Damenstrümpfe reine Wolle, gestrickt, deutsch lang, schwarz	100	65 Pf.									
Normalhosen Merino	3 Grössen	165	140	125	Damenstrümpfe reine Wolle, gewebt, englisch lang, schwarz	125	85 Pf.									
Normalhosen Halbwolle	3 Grössen	325	300	275	Damenstrümpfe reine Wolle, gewebt, bunt	165	95 Pf.									
Damen-Hemden Merino, kurz		135	125	110	Herrensocken reine Wolle, stark gestrickt, meliert	100	48 Pf.									
Damen-Untertaillen Trikot mit u. ohne Futter ohne Arme	alle 3 Grössen	75 Pf.			Kinderstrümpfe Wolle plattiert, englisch lang, 1 x 1 gestrickt, schwarz	passend für das Alter										
Zuaven-Jäckchen (Damen-Westen) Vigogne, schwarz	3 Grössen	120	95 Pf.	75 Pf.		1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	7-8	8-9	10-11	12-13	13-14 Jahre	
Zuaven-Jacken für Damen, bunt	3 Grössen	185	120	95 Pf.		30	40	45	50	55	60	65	70	75	80 Pf.	
Golf-Blusen Wolle in allen Farben, sehr chic				450		reine Wolle, schwarz, englisch lang, boster Schulstrumpf	55	65	80	100	110	125	140	150	160	170
Herren-Westen zweireihig, gestrickt	3 Grössen	200	175	150		reine Wolle, englisch lang, neueste Muster	70	80	90	100	110	125	140	150	160	175
Herren-Westen Kamengara plattiert, m. Umlegekragen und zweireihig	3 Grössen	675	625	525		Taillentücher reine Wolle, moderne Karos	500	300	150							
Kopf-Fichus wollene, hell und dunkel		85 Pf.	45 Pf.			Herren-Sweaters plattiert, Wolle, marine, grau, geringelt 3 Grössen	275	250	225							
						Knaben-Sweaters plattiert, Wolle, marine, grau, geringelt 3 Grössen	185	165	145							

### Tapissieriewaren

Küchen-Garnitur „Senta“ grau und weiss mit reicher Börtchen-Garnitur.	
Küchenhandtuch mit Ueberschlag	195
Wandschoner	115
Besenvorhang	235
Schrankstreifen	50 Pf.
Küchentischdecke	145
Wasserleitungsschoner	60 Pf.
Brotbeutel	85 Pf.
Frühstücksbeutel	55 Pf.
Klammerbeutel	140
Lampenputztasche	70 Pf.
Topflappentasche	48 Pf.
Plätteisenbezug	50 Pf.

### Weisswaren

Collarettes gestickt, weiss	25	18	14	10 Pf.
Collarettes gestickt, farbig	55	38	18	Pf.
Posamentenpäckchen m. Taffet-Einsatz	18			Pf.
Plastrons Tallspachtel Wert bis 2,50	95			Pf.
Passenkragen ff. Spachtel	125	95		Pf.
Blousenschoner	85	70	48	Pf.
Chiffonschleifen	55	40	28	Pf.
Chiffon-Jabots	95	85	68	Pf.
Cravattenbinder modernste Muster	60	45		Pf.
Kinderkragen Kongressstoff m. Spachtel-spitze, Gelegenheitskauf	120	95		Pf.
Damenknoten	65	48	35	Pf.
Jackettkragen Spachtel u. Mull, m. Valencienspitzen	95	48		Pf.
Knaben-Lavalliers	25	12	9	Pf.

### Handschuhe

Damen-Köper mittelstarke Winter-Qualität	22	Pf.
Damen-Köper reine Wolle, farbig und weiss	58	Pf.
Damen-Trikot 2 Druckknöpfe	45	Pf.
Damen-Trikot 3 Druckknöpfe, mit imitiertem Seidenfutter	48	Pf.
Damen-Ringwood aparte Dessins	38	Pf.

### Corsetts

Empireform mit Spitze, grau und braun Drell	95	Pf.
1/2 hohes Corsett mit 12 Spiralfedern, Spitze und Banddurchzug	185	
1/2 hohes Corsett abgestreift, mit eleg. breiter Spitzen-Garnitur	155	
Frack-Corsett rosa Jacquard	225	
Mieder-Corsett m. lang. Hüften, eleg. garniert	275	
1/2 hohes Fischbein-Corsett sehr vorteilhaft	375	

### Schuhwaren

Herren-Chevreaux od. Boxcalf-Schnürstiefel	1150	950			
Damen-Chevreaux od. Boxcalf-Schnürstiefel	950	850			
Damen-Schnür- od. Knopfstiefel Ia Rossleder	750	600			
Filzschallentiefel Herren	350	Damen 275	Mädchen 225	Kinder 175	
Kameelhaarschuhe Herren	350	Damen 275	Mädchen 225	Kinder 175	
Damen-Filzschuhe mit Filzsohle	150	125	mit Ledersohle	350	250

### Damentuche

110-180 cm breit, je nach Qualität	550	475	325	275
Kostüme Stoffe im englischen Geschmack, 180 cm breit	250	175	150	
Ein grosser Posten Tuch-Lamas früherer Wert 1,85 für Hauskleider, Morgenröcke und Matinées	jetzt		75	Pf.

### Herren-Artikel

Herren-Filzhüte steif	350	250	195
Matrosen-Mützen	175	120	95 Pf.
Knaben-Jockey-Mützen zum Herabziehen	110	95 Pf.	60 Pf.
Kragenschoner weiss und farbig	150	95 Pf.	60 Pf.
Krimmer-Garnituren für Kinder Kragen und Mütze schwarz und grau	295	235	
Bunte Wäsche-Garnituren Serviteur und Manschetten	95	Pf.	
Ein Posten Herren-Fantasie-Westen	250	190	

Tuch-Unterröcke mehrere Posten schwerer, elegant garn. Röcke jetzt	4	3		
regulärer Wert	8,50	7,50		
Seidene Unterröcke	38 <sup>00</sup>	30 <sup>00</sup>	21 <sup>00</sup>	15 <sup>00</sup>
täglicher Eingang von Neuheiten				

### Blusen

Bluse aus bestem Samtflanell, in vielen verschiedenen Dessins	2	50
Bluse aus Ia reinw. Cheviot, ganz gefüttert, marine und rot	4	50
Bluse aus gestreift, oder kariertem Samt in sehr viel verschiedenen Dessins	8	50
Bluse aus reinseidenem Messaline, reich garniert, in weiss oder hellblau	8	25

### Jacken u. Mäntel

Bolero aus Ia Astrachan mit imitiertem Chinchilla-Kragen	7	50
Sacco aus vorzügl. Double, reich mit Atlasblenden garniert	8	50
Abend- aus Ia Tuch, ganz gefüttert, in marine, weinrot, moosgrün	29	50
Paletots aus hellfarb. gutem Tuch mit reicher Stickerei	38	00

### Pelz-Colliers

Collier aus weissem, echtem Lammfell 90 cm lang	58	Pf.
Collier aus imitiertem Seal mit 4 Schwelphen 140 cm lang	2	95
Collier aus schwarz oder weiss Tibet	9	00
Collier aus echtem Sebalbisam m. 4 Schwelphen 150 cm lang	10	50

Sonntags geschlossen

Hauptkatalog gratis und franko

Sonntags geschlossen

# Winter-Joppen

Tausende Exemplare.

Warme Lodenstoffe mit molligen Futterarten. Praktische Fassons mit doppeltem, breitem Brustüberschlag.

Nur eigene Erzeugnisse!

24.-, 21.-, 18.-, 15.-  
13.50, 12.-, 10.-, 7.50

6.- Mk.

# Pelz-Joppen

Starke Stoffe, durchweg mit Pelzfutter

45.-, 36.-, 27.-, 21.-

15.- Mk.

Vornehme Mass-Anfertigung.



# Winter-Bosen

Tausende Exemplare.

Gute, moderne Stoffe. Vorzüglicher Schnitt. Enorm grosse Abwechslung in Mustern.

Nur eigene Erzeugnisse!

15.-, 13.50, 12.-, 11.-, 10.-  
9.-, 8.-, 7.-, 6.-, 5.-

4.- Mk.

# Berren-Büte

Zwei hervorragend billige Sonder-Angebote in steifen und weichen neuen Formen

2.90, 1.90 Mk.

# Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24<sup>a</sup>/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog Nr. 30 (neueste Wintermoden) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Mit **Trocken-eierpulver Pacific** kocht u. backt man am besten u. billigsten.

Zu haben in den meisten Kolonialwarenhandlungen, wo nicht vorrätig, wende man sich an die Trockeneierpulverfabrik „Pacific“ G. m. b. H., Stuttgart, Filiale Berlin, Friedrichstr. 228, Fernspr. VI, 7495.

## Besichtigen Sie unsere erprobten bewährten Spiritus-Glühlicht-Lampen und Brenner.

Centrale für Spiritus-Verwertung  
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

## Ringfreies Lagerbier

bei täglicher Zustellung einer bedeutenden Brauerei ist jetzt in allen Gebieten vorrätig zu haben. Abnehmer wollen ihre Adresse unter T. 4 an die Expedition dieser Zeitung ausgeben, darauf sofort persönliche Offerte erfolgt.

## Wichtig für Zigarren-Händler!

Zigarren- u. Zigaretten-Weihnachts-Packungen in allen Preislagen, Sorten und Formaten. Streng abgelagerte Ware von 10 Stück an elegantesten Ausstattungen.

### Max Ziegenhals,

Fabriklager: Keibelstraße 20, dicht am Alexander-Platz.  
Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabake der bekanntesten Fabrikate.

### Verkäufe.

**Räumungs- und Verkauf!** Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt. Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 usw. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125, nahe Rappentstraße.

**Zahlbereden** 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,75, 4,50 usw. Vorziehgardinen, weich, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125, nahe Rappentstraße.

**Räumungs- und Verkauf!** Möbelstoffe, Kissenstoffe und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.

**Japaner- und Berliner-Teppiche**, 2 Meter lang 3,85; 2,25 Meter lang 5,90.

**Große Rollen echte Vliesteppiche** mit Rehen, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125.

**Räumungs- und Verkauf!** Einen Rollen Teppichdecken 1,55, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw.

**Wäschischdecken**, wert das Doppelte: jeft 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00: 10 Proz. Rabatt.

**Teppichdecken**, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 6,85.

**Zug- und Wischvorhänge** mit Energiebogen 3,85, 4,20, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125, Hallestraße nahe Rappentstraße.

**Deckbett, Unterbett, Kissen** mit glattradem Quilt 10,50, Wandteppiche Andreassstraße achtunddreißig.

**Rotsofa-gestrichles Deckbett, Unterbett**, jeft Kissen 18,00, Andreassstraße achtunddreißig. Wandteppiche.

**Bauerndeckbett, Unterbett**, zwei Kissen 27,00, Große Zaken 1,00, Leihhaus Andreassstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall.

**Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, portiere.**

**Teppiche** in Farbenfeblern Fabrik, niedrige Große Frankfurterstr. 9, portiere.

**Teppichdecken** billig feblert Große Frankfurterstr. 9, portiere.

**Teppiche** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Godeschke Markt 4, Bahnhofsstraße.

**Müllwerte**, Sprechmaschinen, Teilschlammern, Invaldenstraße 20, Stahlstraße 40.

**Federbetten**, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Tische, Decken, Winterpaletots, Uhren, Goldschmuck, feinstes Silber, Goldschmuck, Schmuck, Invaldenstraße 20, Stahlstraße 40.

**Gardinen**, Portieren, Reste 1-2-3 Fenster, enorm billig. Gardinenhaus Jerusalemstraße 12.

**Teppichdecken** spottbillig, feblert Große Frankfurterstr. 60, 18428

**Hochvornehme Herrenanzüge**, Herrenpaletots aus feinsten Stoffen 18 bis 38,00, Joppen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I.

**Wasfrauen**, Petroleumkronen ohne Auszahlung, Woche 1,00, Louis Dittler (selbst). - Spezialhäuser: Drogengenerstraße 22 (Bahnhof), Drogengenerstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Kirdorf, Kaiser Friedrichstraße 247 (Hermannplatz) 19888

**Wäsche!** Wäsche selbsteingeschlacht, äußerst billige Preise, sind zu verkaufen Sammlerstraße 21, Weißbier-Brauerei, Paul Hoff.

**Montanzüge** und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50, Joppen von 1,50, Gebrochene von 12,00, Jacken von 2,50, sowie für Invalden Figuren. Keine Garderobe zu Hause? Billige Preise, aus Pfandbüchern verkaufte Sachen kaufen man am billigsten bei Nagel, Mutzstraße 14.

**Kinderwagen**, Kinderstühle, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelte spottbillig. Schneider, Anhalterstraße 172.

**Herrenabrad**, Dammabrad, wie neu, 45,00. Holz-Blumenstraße 36.

**Winterpaletots**, Montanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erst bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Kitzinger, nur Hofenballestraße 10. Habe keine Illusionen.

**Herrenanzüge**, Paletots, vorjährige, nach Maß befeilt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Brenzlauerstraße 23 II.

**Waschmaschinen!** Geschlossene Zweifelslos 5,00. Gaspartheil: 17,00. Gasplättchen, Gasbühel-apparate 3,00. Gasgasmotoren 9,00, Wollwolle, Wollwollentrichter 32.

**Wollwolle** ab Potsdamer Rindbahn, Parzellen, Landstrasse 20 Markt an, verkauft zu günstigen Zahlungsbedingungen Dietrich, Berlin, Brandenburgerstraße 1.

**Hochlegante Herrenanzüge** und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark Verkauf Sonntag und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, keine Illusionen. 19778

**Kranstränge** 50, Drahtseile laufen Möbel, Spiegel, Goldschmuck spottbillig, Saakstraße 10, Kitzinger, kein Laden.

**Wollwolle**, Prachtvolle Winterjoppe 6,00, feine weiche 8,00, reelle schwer 12,00, dieselbe mit Halten 14,00, Neben elegant 17,00 usw. bei Hermann Schlegler, Turmstraße 58.

**Damenanzüge**, Paletots, Kostüme, hochlegante Herrenanzüge, teils aus Seide, 9 Mark, Kisten eleganter Steppdecken, halt 8 Mark jeft durchweg 3,75. Julius Neumann, Belle-alliancestraße 105.

**Teppiche**, Sofastoffe, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Läuferstoffe, Kette, Divandecken spottbillig wegen Räumung. Potsdamerstraße 100, Conrad Fischer.

**Speichermodel**, wenig gebraucht, verlichen geöffener Möbel, Büchertische, Büchergarnituren, Säulenarmaturen 35,00, Paneele, Salontische, Kleiderstühle, Vertikal, Kuschelstühle 12,00, Tischensofas, Kucheltische, Kuschelstühle 25,00, bunte Kucheneinrichtung, Gardinen, Warmortelkissen, Spiegel, Spiegelbild 15,00, alles Gelegenheitspreise. Möbelreparatur Brunnstraße 182.

**Nähmaschinen!** Vergüte bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte, Brauer, Alsterstraße 90.

**Tringend** sollen aufgehobener sämtliche Möbel von fünf Zimmern, auch Küchenmöbel, billig, verkauft werden darunter geschmückte Büchertische, Sofa, Schlafzimmern, Stand Betten 20 Mark, Stühle, Tische, Sofas, Badmöbel, Bilder, Gardinen, Steppdecken, Verkleidetes Dressenstränge 38, vorn II links.

**Landparzelle**, Öfen, 0,20-Lore, billig, keine Anzahlung, Kettmann, Blumenstraße 9.

**Stufen**, Kollantstraße direkt Fabrik, auch nach Maß, Blumenstraße 9 II.

**Reklamation**, Nähe Holentamer Tor, verkauft „Billig“, Postamt 54.

**Singerbobbin**, Ringstücken, 25,00, Alexanderstraße 12.

**Kanarienvögel** 5-30,00, Alexanderstraße 12.

**Zahl-Bettdecken**, Bettgröße, Feblert, reichgeft, 6,35, Engländer 2,50, Teppichhaus Carl Lehner, nur Dammstraße 158.

**Kleiderstranz**, Tisch, verkauft Schulze, Kirdorf, Kleiderstraße 21, IV.

**Herrenabrad**, Sportmaschinen, verkauft billig Henschel, Wilmannsstraße 22/23.

**Zigarrengeschäft** verzugshalter billig, Kirdorf, Hübnerstraße 5.

**Goldene Damenzehr**, 53178, Monogramm E. P., verkauft 6. November vom Stehplatz über Pultstraße bis Siedow - Kranzhaus. Abzugeben gegen Belohnung Stendalerstraße 9, I beim Wert.

**Stufen**, elegante und einfache Räder, Kleider jeft an G. H. Salomonst, Joffenerstraße 32.

**Patentanwalt** Wessel, Wilmmerstraße 94a.

**Witzdorf**, Bruns Festale, Kuchelstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parksaal (600 Personen). Sonntags Ball.

**Wandteppiche**, Ringstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2 (10089).

**Kunstoperette** von Frau Kolofa, Charlottenburg, Goethestraße 84, I.

**Union!** Zementfabrikungen, Zahnärztliches Institut, Chausseestrasse 2 B, Post II.

**Miro** Kleiderständer, Schlafsofa, Kuchentisch, verkauft Verwalter Kollmannstraße 95.

**Platinabfälle**, Gold, Weingold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kuchentisch, Stahlgold, Brillanten, photographische Rückstände, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauf Goldschmelze Brod, Brangelstraße 4, Telefon IV, 6958.

**Ein großes freundliches Vereinszimmer** zu vergeben Brunnstraße 49 bei Reinhold Hoffe.

**Automobilfahrer!** Jedermann wird schnellstens zu erfülligen Chauffeur theoretisch und praktisch ausgebildet. Glänzende Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Größter, vornehmster Stellennachweis. Stets Nachfrage nach Chauffeuren. Institut „Automobil“, jeft: Berlin, Wilmmerstraße 18, Hildesheimerstraße 18, Gröbke, bedeutendste Chauffeurschule!

**Jüngere** Vater sucht Goldschmelzefabrik Charlottenstraße 7.

**Marmorarbeiten** auf Möbelplatten verlangt Höhe, Wilmmerstraße 12, 26418

**Tüchtige** Farbmalerei verlangt Gehold u. Klein, Schöneberg, Genslerstraße 43.

**Klavierbauer** Sonntags verlangt Postfachstraße 14.

**Warenverwalterinnen** und Farbmalereifrauen sucht A. Beckmeier, Schmidtstraße 8a.

**Warenverwalter** finden sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41, 177/3

**Warenverwalter** finden sehr lohnende Beschäftigung Königsstraße 66/67

**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

**Orts-Krankenkasse Lichtenberg.** Die suchen für unser Bureau per sofort einen **Hilfsarbeiter**. Gehälter nach vorzüglicher Rechner und stotter Schreiber sein. Meldungen mit der Aufschrift „Hilfsarbeiter“ bis 15. November 1906 an unser Bureau schriftlich erbeten.

**Lichtenberg-Berlin I.** Frankfurt-Chaussee Nr. 156. Der Vorstand. R. Deutschel, I. Vorsitzender.

**Salgenmacher** verlangt Halbe, Harmonikfabrik, Berlin, Gipsstr. 13.

**Telephonistin** gesucht und tüchtig, zur Bekleidung unserer Telephon-Zentrale, jeft gesucht. Meldungen mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. A. Jandorf & Co., Bellealliancestr. 1/2.

**Zentralverband der Steinarbeiter!** Wegen Wahrung von 5 Kollegen sind die Ganten der **Polat-Gesellschaft** und ihrer Unterabteilungen **G. Schille** und **J. Jüngers** bis auf weiteres gesperrt.

Die Ganten sind Kurlandendamm 174, Neue Wilhelmstraße und Sandweg, Postfach 331.

Kollegen! Falle ich niemand täuschen. Keiner darf dort Arbeit nehmen.

Die **Ortsverwaltung**, S. A. Fr. Starker.

**Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.** Zweigverein Berlin und Umgegend. **Achtung! Steinträger und Fahrhülzarbeiter.** Achtung! Die Ganten der Unternehmer Karl und Emil Schneider (Südenstraße 14, Hildesheimerstraße u. Stefanstraße) sind für organisierte Kollegen beider Gruppen gesperrt.

**Achtung! Achtung! Klavierarbeiter!** In der Pianofabrik von **Bell & Co.**, Andreassstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt. 141/16

**Verbindung der Musikinstrumentenarbeiter.**

**Deutsch. Buchbinderverband** (Zahlstelle Berlin). **Achtung! Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen.** In der Firma **E. Bartels**, Buchdrucker, Weissenberg, Generalstraße 8, hat das Gesamtpersonal wegen glatter Ablehnung des Tarifs einmütig die Arbeit niedergelegt.

**Achtung! Präger.** Die Firmen **M. Beck**, Adalbertstraße 58 und **A. Radtke**, Markstraße 3, sind für Präger und Prägerinnen gesperrt. Junge ist streng fernzuhalten! Die **Ortsverwaltung**.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein Berlin. Sektion der **Gips- u. Zementbranche.** Die Firma: **Radixunternehmer Gottlieb Schulz** ist wegen Nichtanerkennung der Organisation für sämtliche organisierte **148/3** **Rabikpoker, Spanner und Träger** gesperrt.

Die Ganten sind in Kirdorf, Bobritz 14 und Junstraße, Gde. Domstraße. - Die erlassen alle Kollegen, die Firma strengstens zu meiden. **Der Sektionsvorstand.**

**Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.** Zweigverein Berlin und Umgegend. **Achtung! Steinträger und Fahrhülzarbeiter.** Achtung! Die Ganten der Unternehmer Karl und Emil Schneider (Südenstraße 14, Hildesheimerstraße u. Stefanstraße) sind für organisierte Kollegen beider Gruppen gesperrt. 47/12

**Der Zweigvereinsvorstand.**









**Metropol-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Dirigent M. Roth.  
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.  
H. Bender, J. Giampietro, J. Josephi, Fritz Massary, Phila Wolf.  
Rauchen überall gestattet.  
Morgen Sonntag, 11. November, nachmittags 3 Uhr:  
Ermäßigte Preise!  
**Auf in's Metropol!**  
**WINTER GARTEN**

Inf. interessante neue Darbietungen.  
Bros. Fernand, Exzentriks, Angeles, lebende Kunstwerke, La Vilma, Sandmalerin, Das Milieu, na-Trio, Drahtseilakt, Staleys Var, wandlungsakt: Die un-kalische Schmiede, im sonnigen Spanien, Englische Ballettstücken, ausgef. von der John Tiller-Troupe a. London.  
The 3 Urma Sisters, Trapezkünstlerinnen, O. K. Sjö, komischer Jongleur, Maria Vinot von der königl. Oper in Madrid.  
Chenberts Chinesentruppe, Clotilde Florido, spanische Tänzerin.  
Der Biograph:  
1. Wetlaufen.  
2. Die Hochzeit im Automobil.

**Passage-Theater.**  
Heute das glänzende November-Programm.  
**Josefine Dora**  
mit ganz neuen Schlägern.  
Gerner v. 1. Mal a. d. Kontinent:  
**Das Original.**  
**Damen - Jiu - Jitsu**  
(japanische Selbstverteidigung)  
Ensemble, 3 Herren, 4 Damen.  
14 neue erstklass. Nummern.

**Feurig-süßer Kraft-Rotweiz.**  
Brotarmen u. Kranken ärztlich empfohlen.  
**Santa Lucia**  
In Apotheken, Drogen- u. Delikat-Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle des ehem. Laborat. Dr. C. Bischoff.

Gegründet 1884.  
**Pelzwaren-Fabrik**  
S. Schlesinger  
Königstr. 21 II (Ordonnanzhaus).  
Einzel-Verkauf wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.  
**Pelz-Stolas Muffen, Pelzhüte,**  
schick garniert, federleicht, zu fabelhaft billigen Preisen.  
Sonntags geöffnet.  
**Zu Engrospreisen**  
kaufen Sie die schönsten u. elegantesten Herren- und Damenstoffe enorme Auswahl. Maßbarkeit garantiert  
nur **29. Prinzenstr. 29.**  
Markus.

**Nathan Wand**  
129 Stalickerstr. 129.  
Die schönsten Herren- Winter- Paletots und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von Stoffen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauartzüge sind in großer Auswahl stets zu Hausen billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stalickerstr. 129.  
Hochachtungsvoll Kottbusser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter**  
Berlins und Umgegend.  
Montag, den 12. November, abends 6 Uhr, bei Graumann, Rannysstraße 27:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 142/15  
1. Vortrag über: „Welterschöpfung und Weltuntergang“. Referent: Genosse **Will. Mielhke**. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 24. Stiftungsfest. 4. Streiks im Berufs- und Vereinsangelegenheiten.  
In Anbetracht des lehrreichen Themas erwartet zahlreiche und pünktliches Erscheinen Gäste, auch Frauen, willkommen!  
**Der Vorstand.**  
Zur Beachtung!  
Dienstag, den 20. November, abends Punkt 8 1/2 Uhr, in Voelers großem Saal, Weberstr. 17:  
**Lichtbilder-Vortrag**  
über:  
„Die Abstammung des Menschen“. Vortragender: Gen. Schriftsteller **W. G. Vaege** (Friedrichshagen - Zita 60 Lichtbilder erläutern den Vortrag.)  
Eintritt 25 Pf. Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein.** Garderobe frei.  
Um pünktliches und zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Obige.**

**Orts-Krankenkasse für den Gemeinbezirk Lichtenberg.**  
Einladung:  
Die Mitglieder der Generalversammlung laden wir zur **ordentlichen General-Versammlung** auf Sonnabend, 17. November 1906, abends 8 Uhr, in das Lokal Paul Schwarz, Konzertgarten, Lichtenberg, Dorfstraße 65, für rechtlich, ganz ergebenst ein.  
Tagesordnung:  
1. Wahl von 3 Mitgliedern zum Rechnungsprüfungsausschuss für das Rechnungsjahr 1906.  
2. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern aus den Reihen der Kasseneinnehmer für den Wahlzeitabschnitt: 1. Januar 1907 bis 31. Dezember 1908.  
3. Kasseneingehalten.  
Das Mandat legitimiert.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Kassenvorstand.**  
R. Dentschel, 1. Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse der Vergolder u. Bernfsg.**  
Montag, den 19. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III, part.  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes.  
2. Wahl des Vorstandes (3 Arbeiter, 6 Arbeiterinnen).  
3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 1906.  
4. Erziehung von Krankenbesuchern.  
5. Wahl der Beamten und Festsetzung des Gehalts.  
6. Verschiedenes.  
Delegiertenkarte legitimiert.  
Sonnabend, den 17. November, abends 9 Uhr, bei Wendt, Königsgraben 14a:  
**Wahlversammlung der Arbeitgeber,** wozu die Herren Arbeitgeber eingeladen werden.  
Wahl von 50 Vertretern für 1907.  
Freitag, den 20. November, abends 8-9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, part.  
Tages-Ordnung:  
1. Wahlversammlung der Arbeitnehmern, wozu sämtliche Kasseneinnehmer über 21 Jahre eingeladen werden.  
Wahl von 107 Vertretern für 1907.  
Mitgliedskarte legitimiert.  
2. Vortrag des Herrn Dr. M. Jacobsohn über: „Kasseneingehalten im Beruf“.  
**Der Vorstand.**  
Herm. Hildebrandt, Johannes Asmann, Vorsitzender, Schriftführer.

**Pelz-Waren**  
in allen Preislagen u. Fassons.  
Eigene Anfertigung.  
Anerkannt größtes Spezial-Geschäft des Nordens.  
**Max Rosenthal,**  
Käufmannmeister,  
179, Brunnenstr. 179  
gegenüber Neugebäude Theater.  
Anton Boekers Ball-Salon  
Habe noch Sonnabends und Sonntags Söle zu vergeben, auch sind Vereinszimmer in der Woche frei.  
**Anton Boekers,** Weberstr. 17, 2. N. V. H. Rr 13414. 29022

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung Beste elegante fertige Herrenmoden  
Bestellungen nach Maß, tabellose Ausführung i. eigener Werkstatt.  
Spezial-Geschäft für **Herren-Bekleidung,** kein Waren-Kredithaus.  
**J. Kurzberg**  
An der Jannowitzbrücke 1, 1. Bahnhof Jannowitzbrücke.  
Inseratenteil verantr.: Th. Hode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

**Konsumgenossenschaft von Adlershof u. Umg.**  
E. G. m. b. H.  
Sonnabend, den 24. November, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
in **Bayers Gesellschaftshaus, Adlershof, Widmarstr. 10.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1905/06.  
2. Bericht des Aufsichtsrates.  
3. Verteilung des Revisionsberichts des Verbandsvorsitzenden.  
4. Genehmigung der Bilanz und Entlassung des Vorstandes.  
5. Neuwahlen und Ergänzungswahlen des Aufsichtsrates und Vorstandes.  
6. Anträge der Verwaltung:  
a) Kapitalbeschaffung eventuell Beschaffung über Ausgabe von Hausanteilen und Erzielung einer Sparkasse;  
b) Beschaffung über die Unterhaltung im Todesfall der Mitglieder und deren minderjährigen Familienangehörigen;  
c) Erhöhung der Entschädigung an die Mitglieder des Aufsichtsrates.  
7. Verteilung des Reingewinns.  
8. Sonstige Anträge.  
Anträge von Mitgliedern müssen nach § 13 des Statuts bis zum 15. d. M. schriftlich bei dem Vorstande eingereicht sein.  
Nach dem Tagesbericht vom Aufsichtsrat aus: **Joel Gerhard-Adlershof, Paul Hammitzsch-Adlershof und Emil Neyen-Grünau.**  
Freiwillig scheiden aus: **Hermann Schulz-Adlershof, Emil Mücke-Mit-Glienide und Hermann Steink-Grünau.**  
Dem Vorstande scheidet aus **August Süske-Mit-Glienide.**  
Die Genossen sind wieder wählbar. 207/10\*  
**Der Vorstand:**  
**Herm. Hildebrandt, Will. Kohl, August Süske.**  
Der Aufsichtsrat: **Joel Gerhard.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 31. Amt IV 3353.  
Sonntag, den 11. November 1906, vormittags 10 Uhr:  
**Allgemeine Versammlung**  
aller in der Emaillebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen A. Wörner über: „Der Kampf um das Recht“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Montag, den 12. November 1906, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung**  
für Rixdorf, Grik, Creptow, Mariendorf, Mariensfelde  
im Lokal von S. Thiel, Rixdorf, Bergstr. 151-152.  
Tages-Ordnung: 155/10  
1. Vortrag des Genossen Ahrend. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des zweiten Bezirksleiters. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Zahlreiches Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

**Konkursmassen-Ausverkauf**  
Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel  
Georg Broh, Ober-Schönweide, Bismarckstr. 14a.  
Verkäuflich von 8-1 Uhr, 2-9 Uhr, auch Sonntags, zu speziel. Preisen.  
**A. B. Koch**  
Kohlen-Groß-Handlung  
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.  
Preise für nur 10 Marken ab Montag von 10 Uhr an: [29102\*  
Primo la Galbiciane (bekannte Marken) pr. Str. 85 Pf.  
in Diamant (110 bis 120 Stk.) . . . . . 90 Pf.  
in Nie u. Alfo. . . . . 95 Pf.  
in Anthrazit Cabé. 2.10 Pf.  
Rohd., Steinföhlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Bezügen und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.  
**Arbeiter-Berufs-Kleidung, Trikotsagen Winter-Artikel**  
Brunnenstraße 159, zweites Haus von d. Vinsamerstr.  
**Gelber Laden.**

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, der Restaurateur  
**Friedrich Eichendorf**  
genannt „gemüthlicher Fritz“, Stalickerstr. 17  
am Mittwoch, den 7. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, nach kurzem, aber schwerem Leiden im Alter von 44 Jahren sanft entschlafen ist.  
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an  
Seine Witwe **Berta Eichendorf geb. Bann**  
nebst Kindern Anna und Friedrich.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Stalickerstr. 17, aus nach dem neuen St. Thomas-Kirchhof, Rixdorf, Hermannstraße, statt. 29182

Die glückliche Geburt eines 2920L  
Baumschulenweg, 8. Novbr. 06  
**Otto Krippahle u. Frau.**  
**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Görlicher Viertel.)**  
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Gastwirt  
**Friedrich Eichendorf**  
wohnhaft Stalickerstr. 17 (Stadtbl. bezirk 89) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause Stalickerstr. 17 aus nach dem neuen Thomas-Kirchhof, Hermannstraße, statt.  
29219 **Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**  
Am 9. November, früh 7 Uhr, nach kurzem, aber schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Bruder, der Schankwirt  
**Fritz Haenecke**  
im Alter von 46 Jahren.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Kottbusser Ufer 62 aus statt.  
Dies zeigt tiefbetrubt an für die trauernden Hinterbliebenen  
**Marie Haenecke.**  
**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben unvergesslichen Mannes, besonders der Direction von den Rabelwerken Ober-Schönweide, den Beamten und Beamtinnen, Arbeitskollegen und Kolleginnen, den Vätern vom Bau- und Sparverein Stargarderstr. 3, dem Sängerkor III, dem 116. Bezirk dem höchsten Berliner Bezirksrat, dem Vorstand der Fabrik- und Land-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands sowie sämtlichen Freunden und Bekannten innigsten Dank. 29306  
**Witwe Helene Gähler**  
geb. Friedrich nebst Sohn.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband. Möbelpolierer!**  
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Zwinenmünder Gesellschaftshaus, Zwinenmünderstr. 42:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 16/11  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
NB. Frauen sind zu dieser Versammlung als Gäste hiermit eingeladen.  
**Der Obmann.**

**Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. (Filiale Berlin.)**  
Sonntag, den 11. November 1906, vormittags 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
in **Drüsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 85.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit. Referent: Gewerkschaftssekretär **G. Link**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
294/15 **Der Vorstand.**  
Kollegen und Kolleginnen! Pa die Tages-Ordnung eine sehr wichtige ist, ist es Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. D. D.

**Jeder Herr!!**  
ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!  
**S. Littmann**  
Zentrale für Herren- u. Knaben-Moden  
nur No. 2 Granienstraße nur No. 2  
nahe Station Hochbahn Granienstraße. 29122\*  
**Ohne Kaufzwang**  
offeriere ich:  
Elegante Winter-Paletots . . . . . von Mk. 10,50 an  
Hochfeine Eskimo-Paletots . . . . . 14,50 "  
Fein, fein englische Paletots in allen Fassons . . . . . 13,50 "  
Fein mit Seide gesteppte Eskimo-Paletots in allen Farben und Fassons . . . . . 19,50 "  
Hochfeine Einsegnungs-Anzüge . . . . . 10,75 "  
Elegante Herren-Anzüge . . . . . 13,- "  
Solide Herren-Anzüge . . . . . 14,50 "  
Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. dreifig . . . . . 22,50 "  
Hochfeine Kammgarn-Anzüge . . . . . 16,50 "  
Elegante Lodenjoppen in allen Farben u. Fassons . . . . . 5,50 "  
Feine Burschen-Anzüge . . . . . 5,75 "  
Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter . . . . . 3,50 "  
Elegante Radfahr-Anzüge . . . . . 12,50 "  
Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.  
Vorzeiger des Inserats erhält beim Einkauf 5 Prozent Rabatt.  
Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.  
Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.  
**S. Littmann,** Zentrale für Herren- und Knaben-Moden  
nur No. 2 Granienstraße nur No. 2.  
Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S.

Gerichts-Zeitung.

Ein Lehrer als Dieb.

Das Verschwinden einer Geldrolle mit 1000 Mark aus dem Konferenzzimmer der 192. Gemeindeschule, welches in dieser Schule seiner Zeit die größte Verwirrung angerichtet hat, bildete den Gegenstand einer gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I geführten Verhandlung.

oben erwähnte Frau G., der der Angeklagte Privatunterricht erteilt, soll, wie der Angeklagte gestern erklärte, die Eiferfucht seiner Frau hervorgerufen haben. Die beiden Frauen kamen in Mißhelligkeiten, und Frau G. soll durch eine Aeußerung verraten haben, daß ihr der Angeklagte die 600 Mark feinerzeit zur Aufbewahrung gegeben und sie auch in seinem Auftrage den anonymen Brief an den Rektor geschrieben habe.

dieses Jahres in Hermerleben zwei Bund Stroh im Werte von 50 Pf. sich angeeignet, welche einem Gutbesitzer in Salble gehörten. Da die Anklage zweimal wegen Diebstahls vorbestraft ist, konnte auf eine niedrigere Strafe nicht erkannt werden.

„Die große agrarische Familie“.

Vom Landgericht Halle a. S. ist am 21. April der ehemalige Geschäftsführer der Zentrale der Viehzentrale (Sitz Berlin), Georg Kung e, wegen Unterschlagung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Wegen Unterschlagung des Vermögens des Verbandes der Zifelleure und Gravence zu Köln ist am 12. März vom Landgericht Köln der Zifelleure Paul Weyer zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

Witterungsüberblick vom 9. November 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Windrichtung, Windstärke, Wetter. Lists weather conditions for various stations like Eutin, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Japaranda, Petersburg, Sibirien, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 10. November 1906. Etwas kühler, teils heiter, teils neblig bei mäßigen südöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Wegen Entwendung von zwei Bund Stroh — drei Monate Gefängnis. Vom Landgericht Magdeburg ist am 24. April die beschuldigte Karoline Watzel wegen Nachtsdiebstahls zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Mampe-Halb und Halb mit dem Schimmelgespann. Der Ausschank von Fälskaten aus der Originalflasche wird strafrechtlich verfolgt.

Tausende von Herren können Geld sparen, wenn sie ihren Bedarf an gut sitzenden Bekleidungsstücken im neu eröffneten Spezialhaus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß, Bekleidung sämtlicher Berufe, der Firma LESKE & LEHRER 78 Kottbuser Damm 78 decken.

Seltene Gelegenheit zum Einkauf von Winterbekleidung. Durch Einkauf sämtlicher Muster und Restbestände einer der größten Fabriken sind wir in der Lage, noch nie dagewesenes zu leisten. Total-Ausverkauf statt und zwar des von der Firma S. Böhm gekauften Warenlagers.

